

Einzelpreis 25 Goldpfennig.



Saarfreund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 6
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 3. und 15. Bezahlungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postleitzahl 5. 200) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Inwendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Büsinggräber Straße 14, Fernspr.-Anschr.: Postf. 2940. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postleitzahl Berlin NW. 7, Nr. 6626 oder auf Deutsche Bank, Depotskonto 9, Berlin SW. 47, Deutscher Allianz-Blag 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saarfreund“ erbeten.

Berlin
15. März 1925

Dem verstorbenen Reichspräsidenten.

Des neuen Deutschlands erster Präsident ist am 28. Februar unerwartet verschieden. Am 5. März wurden seine sterblichen Überreste — nach langer zuvor erfolgter würdiger Trauerfeier in Berlin — in seiner Heimatstadt Heidelberg am Neckar beigesetzt. Sein Tod hat die im deutschen Volk in den letzten Jahren so oft heftig umstrittene Frage der Staatsform neu aufgerufen, und ganz unerwartetweise, die Parteileidenschaften wieder entfacht. Letzter wurde nur zu sehr beim Tode des Reichspräsidenten Ebert übersehen, daß es sich hier nicht um die Persönlichkeit irgendeiner Partei oder einer Parteigruppe handelte, sondern daß der Tod dem Deutschen Reich das staatliche Oberhaupt genommen hat, das Oberhaupt, das das Deutsche Reich als Einheitstaat und das deutsche Volk als Volksganzes symbolisiert. Zu der Partei, der der verstorbene Reichspräsident früher angehört hatte und die ihn auch heute noch zu den Thürgen rechnet, kann man verschieden stehen. In seiner Tätigkeit und Amtsführung als Reichspräsident hat er dem deutschen Volle den Beweis erbracht, daß er das Beste des Vaterlandes wollte und an die Zukunft, auch an die nationale Zukunft des deutschen Volkes glaubte.

Der Tod eines Menschen ist ein Ereignis, das zunächst rein menschlich betrachtet werden muß. Der Tod reiht eine Lücke in eine Familie, in einen Verwandten- und Bekanntenkreis, er schließt ein Leben ab, von dem man mit mehr oder weniger großer Berechtigung nach dem Bibelworte sagen muß, daß es Mühe und Arbeit gewesen ist. Der Tod eines Menschen erweckt Trauer und Leid bei den Angehörigen, erweckt Mitleid bei den Mitmenschen. Trifft der Tod das Oberhaupt eines Landes, so erfüllt Trauer das ganze Land. Mag man mit diesem Oberhaupt persönlich in Fühlung gekommen sein, oder nicht. Das Haupt ist dem Lande genommen und deshalb trauert das Land und trauert mit Recht. Denn das Vertrauen eines Volles hat diesen Mann an die Spitze des Landes, damit er die Geschicke des Landes und Volles nach bestem Gewissen und ehrlicher Überzeugung zum Besten des Volksganzen und des Vaterlandes leite. Der verstorbene Reichspräsident Ebert war ehrlich bestrebt, sich das Vertrauen des deutschen Volles zu erringen. Wer ehrlich gegen sich selbst ist, der wird zugestehen müssen, daß Reichspräsident Ebert während seiner rund fünfjährigen Tätigkeit sich das Vertrauen des größten Teils des deutschen Volles erworben hat, nicht, weil er sich als Parteimann betätigt hatte, sondern gerade weil er, obwohl er aus einer bestimmten Partei hervorgegangen ist, bestrebt war, nicht nach parteipolitischen, sondern nach Geschichtspunkten des Volksganzen, des deutschen Vaterlandes, seine Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen.

Nicht immer ist es leicht, die Beweggründe einer Tot aus der Ferne zu beurteilen oder zu erkennen. Deshalb ist er oft wegen seiner Entscheidungen von der einen oder anderen Seite angegriffen worden, selbst von seinen eigenen Parteifreunden. Welche Angriffe austauchten, sind sie hervorgegangen, nicht vom Standpunkt der deutschen Geschichtspolitik, sondern vom Gesichtspunkt ehrlicher Parteipolitik. Das beste Beispiel bietet hierfür unsere Saarvereins-Arbeit, der, was nicht überall bekannt und nicht überall gewürdigt wurde, der verstorbene Reichspräsident.

dent keits weitgehendstes Interesse und größtes Verständnis entgegenbrachte. Und zwar zu einer Zeit, als man im Saargebiet selbst und auch innerhalb jener Parteien, die dem Reichspräsidenten recht nahe standen, glaubte, sich von einer Mitarbeit an den Bestrebungen des Saar-Vereins fernhalten zu müssen. Der Verstorbene empfing im Sommer 1921, gelegentlich der Vorstellung des Kölner Männergesangvereins, in der Staatsoper auch den Geschäftsführer des Bundes Saar-Verein, Verwaltungsdirektor Vogel, um sich durch diesen über die Tätigkeit des Bundes, über den Erfolg seiner Arbeit, und insbesondere über die Verhältnisse im Saargebiet unterrichten zu lassen. Nur wer selbst erlebt, mit welch innerem Verständnis und lebendiger Anteilnahme der verstorbene Reichspräsident diese Arbeit würdigte, und wie er von der deutschen Bevölkerung an der Saar mit herzlicher Anerkennung ihrer vorbildlichen Treue sprach, der vermögt zu beurteilen, wie sehr der Verstorbene an der Festigung des Reiches, an der Betonung der nationalen Selbstbestimmung tätig war, und wie sehr er den nationalen Gedanken im besten Sinne zu fördern sich bemühte.

Die Tatsache, daß der Reichspräsident sich äußerst ausdrückt, besonders auch in der Vertretung des Gedankens der nationalen Wiedererstarkung, bedeutet nicht einen Mangel an nationaler Überzeugung des Reichspräsidenten, sondern eher einen Mangel jener Parteien in Deutschland, die entweder nicht vertreten können, daß der Deutsche kein Nationalbewußtsein in würdiger Weise betont, oder die die Bedeutung eines würdigen Nationalbewußtseins nicht verstehen. Der deutsche Reichsaufnahmenminister Dr. Stresemann hat dem verstorbenen Reichspräsidenten einen äußerst warm empfundenen Nachruf in der „Zeit“ gewidmet. Dort hat er die wahre nationale Einstellung des Verstorbenen in äußerst seiner Weise gekennzeichnet, und ihn als einen Mann geschildert, der über die engherzigen Dogmen eines einseitigen Parteiglaubens weit hinausgewachsen sei. Als Betonung eines gehunden Nationalbewußtseins, wie es der Verstorbene bejah, hat Dr. Stresemann die Tatsache angeführt, daß Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied wieder zum deutschen Nationallied erhob. Welche außerordentliche Bedeutung diese Tat des Reichspräsidenten Ebert für das Deutschland besonders in den gefährdeten und besetzten Gebieten hatte, ist gerade im Saargebiet erkannt worden, wo man aus ganz natürlichem Empfinden, gegenüber den Französisierungsbestrebungen, das Deutschlandlied als Ausdruck nationalen Deutschums und deutscher Treue, als Protest gegen die fortgesetzten französischen Provokationen viel öfter, und aus innerem nationalen Bedürfnis heraus anstimmte, als wie es im unbesetzten Deutschland zu beobachten ist. Es ist bedauerlich, aber kennzeichnend für das deutsche Erbäbel, daß das Singen des Deutschland-Liedes im Saargebiet bis zur Weihe durch den Reichspräsidenten zum deutschen Nationallied von eigenen Volksgenossen als Ausdruck „nationalistischen Treibens“ charakterisiert und angefeindet wurde. Reichspräsident Ebert hat mit der Erhebung dieses Liedes zur deutschen Nationalhymne diesem unwürdigen Treiben ein Ende gemacht, und damit einen bedeutsamen Schritt zur Überbrückung parteipolitischer Gegensätze im deutschen Volle nach vorwärts getan.

Auch in der Farbenfrage, das deutet Dr. Stresemann ebenfalls an, hat der verstorbene Reichspräsident volles Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gehabt, und es entsprach ganz seinem nationalen Empfinden und seinem Willen, die parteipolitischen Gegensätze unter Berücksichtigung und Beachtung gegenteiliger Meinungen auszugleichen, wenn er auch in diesem Punkte nach einer dem Nationalbewußtsein des deutschen Volkes würdigen Lösung suchte. Wenn er in dieser Frage nicht mehr zu einer befreienden und versöhnenden Tat gekommen ist, so einmal, weil hier Verfassungsfragen im Wege standen und zum andern, weil sein unerwarteter Tod diese Regelung nicht mehr zuließ.

Wenn wir vom Gesichtspunkt des Saargebiets aus die Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert überblicken, so empfinden wir nicht nur rein menschliche Trauer über seinen Tod. Er war ein Sohn des Volkes, der mit zunehmender politischer Reife als Grundlage für die Wiedergefördung des deutschen Volkes und des Nationalbewußtseins das starke nationale Empfinden eines Volkes erkannte, für den Ausgleich der Gegensätze eintrat und für die Förderung des nationalen Gedankens

im deutschen Volke hervorragend tätig war, weil er Deutschland als sein Vaterland liebte, das er groß, frei und einig machen wollte. Wie kleinlich sind angesichts dieser Einstellung des Reichspräsidenten Ebert die zum Teil geradezu krankhaften Bemühungen, das Ansehen des Oberhauptes des deutschen Reiches seinem eigenen Volke und dem Auslande gegenüber herabzusezen. Er war ein deutscher Mann, mit gesundem nationalen Empfinden und heilem Herzen für die Leiden und Kämpfe jener deutschen Volksgenossen, die nicht das Glück haben, im Schutze des Deutschen Reiches ihr nationales Leben zu führen. Das Saargebiet wird dem verstorbenen Reichspräsidenten ein immerwährendes treues Andenken bewahren, nicht nur, weil er ein guter Mensch, sondern ein ehrlicher, stolzer und nationaler Deutscher war. Die Parteien, die den Verstorbenen lediglich als Parteimann und Parteifreund betrachten, handeln nicht im Sinne des nun Entschlafenen, weil er nicht Parteimann, sondern Deutscher sein wollte. In seiner Gedächtnisrede rief Reichskanzler Dr. Luther am Sarge des verstorbenen Reichspräsidenten dem deutschen Volke im Geiste des Toten die Mahnung zu, die auch wir im Interesse des Deutschkampfes an der Saar uns zu eigen machen: „Seid ein Volk, ein Vaterland!“

Rault bleibt im Amt.

Zur Durchführung der französischen Annexionsziele.

Was nach den letzten Mitteilungen über die französisch-englische Vereinbarungen in der Saarfrage nicht mehr überraschen konnte, ist nun tatsächlich erfolgt: Herr Rault ist auf ein weiteres Jahr auf seinem Posten als Präsident der Saarregierung bestätigt worden. Am 11. März hat man sich in streng vertraulicher Sitzung mit der Ernennung der Saarregierungskommissonsmitglieder beschäftigt. Was durch die einzelnen Pressevertreter in Genf darüber mitgeteilt wurde, lautet übereinstimmend dahin, daß zwar der Völkerbundrat dem noch von dem inzwischen verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting gestellten Antrag, die Präsidentschaft für die Saarregierung abweichend den vertretenen Staaten zu übertragen, zugestimmt hat, daß aber für das Jahr 1925 noch einmal der französische Staatsrat Rault Präsident der Saarregierung sein soll. Wir erinnern uns, daß der Völkerbundrat schon einmal einen Beschluß gefaßt hatte, durch den die Präsidentschaft des Herrn Rault bis zum 31. März 1925 befristet sein sollte. Von diesem Beschluß weiß man anscheinend im Völkerbundrat nichts mehr, oder man will nichts mehr wissen. Jedenfalls hat die französisch-englische Einigung bewirkt, daß Herr Rault abermals ein Jahr für die Durchführung der französischen Annexionspolitik im Saargebiet tätig sein soll.

Und dieses eine Jahr, vorausgelegt, daß man inzwischen den Beschluß vom 11. März d. J. nicht ändert, dürfte für das Saargebiet von besonderer Bedeutung sein. Denn gerade jetzt befinden sich Fragen in der Schwere, die unter der Präsidentschaft des Herrn Rault zweifellos eine Erledigung in französischem Sinne erfahren werden. Wir sehen von den zurzeit schwierigen deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft und Saarzollgrenze ab. Hier hat man angeblich die Regierungskommision ausgeschlossen, da es sich „lediglich um eine deutsch-französische Angelegenheit“ handle, in die die Regierungskommision nichts hineinzureden habe. Das klingt so verblüffend sachlich und unparteiisch, daß man fast glauben möchte, es sei so. In Wirklichkeit ist es ein ganz raffiniert vorbereitetes taktisches Manöver. Die Regierungskommision hat man von französischer Seite „ausgeschaltet“ weil man, bevor die Deutschen nach Paris kamen, mit Herrn Rault schon alles so genau besprochen hat, daß der französische Standpunkt unter allen Umständen gesichert bleibt. Was der Vorsitzende der französischen Delegation, Sezurys, mit der deutschen Delegation verhandelt, geschieht nach genau mit Herrn Rault vereinbarten Grundzügen. Herr Rault ist nicht umsonst noch kurz vor Beginn dieser deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft in Paris gewesen.

Es steht dann zunächst die Frage der von Frankreich vorbereiteten Saarwährung zur Beprüfung. Es ist schon außerordentlich bezeichnend, daß sowohl die Saarregierung wie auch die französische Regierung sich zu den Protesten aus dem Saargebiet in dieser Frage völlig in Stillschweigen gefüllt haben und daß man auch nichts davon erfahren hat, welche Begleitnotiz Herr Rault der Denkschrift der politischen Parteien über diese Währungsfrage gegeben hat. Man hat sich in Paris und in Saarbrücken mit Erfolg bemüht, diese undeutsche Gröderung über die neuen Währungsabsichten der französischen Regierung im Saargebiet zum Schweigen zu bringen. Wir werden nicht überrascht sein zu erfahren, daß der Völkerbundrat auf diese Frage auf seiner diesmaligen Tagung entweder überhaupt nicht eingehet oder daß er sie vertagt hat. In beiden Fällen wäre die Regierungskommision entsprechend ihren bisherigen Methoden

in der Lage, nach den französischen Wünschen eine neue Währungsänderung durch Einführung der Saarwährung vorzunehmen, den Völkerbundrat dann vor eine vollendete Tat zu stellen, die dieser schließlich damit sanktioniert, daß er erklärt, der Auszug der Regierungskommision nicht widersprechen zu können.

Die Wiederernennung Raults zum Präsidenten der Saarregierung ermöglicht es fernerhin, daß die schweren Anschuldigungen, die gegen Herrn Rault in der Kennel-Affäre und neuerdings in dem Spritzenkandal gemacht wurden, der Vergessenheit zugeführt werden und damit einer späteren Regierung die Möglichkeit genommen wird, diese Frage vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Wir begreifen also durchaus, daß Frankreich unter allen Umständen die Wiederwahl Raults verlangte, da nicht nur Prestigezwecke Frankreichs, sondern sehr bedeutsame Korruptionszwecke mit der Person Raults zusammenhängen.

Die Frage der französischen Saarbesetzung hängt gleichfalls mit der Person des Herrn Rault zusammen. Es heißt zwar, daß der Völkerbundrat auch in dieser Frage bereits einen Beschluß gefaßt habe dahingehend, daß die französische Saarbesetzung im Verlauf des nächsten Jahres möglichst ganz zurückgezogen werden soll, und daß die Regierungskommision bereits zugesagt habe, im Verlaufe eines Monats 500 Mann zurückzuziehen. Es bestätigt sich damit unsere an anderer Stelle wiedergegebene, vor dem Beschluß des Völkerbundrates niedergeschriebene Aussöhnung, daß Herr Rault mit der Ankündigung der Zurückziehung des Saarloner französischen Jägerbataillons den entsprechenden günstigen Eindruck über seinen guten Willen zu machen verstand. Ein Jahr ist eine lange Zeit. Niemand weiß, wer in einem Jahr von den regierenden Staatsmännern, die heute auf die große Politik entscheidenden Einfluss ausüben, noch diese führende Rolle spielt. Was heute Herrn Rault zugesagt hat, braucht im nächsten Jahre für einen zweiten Poincaré nicht maßgebend zu sein, genau so, wie die Zulage Mac Donalds, für einen neutralen Präsidenten der Saarregierung einzutreten, nicht mehr für Baldwin und Chamberlain bindend gewesen ist.

Wir stehen den Vorgängen in Genf, wie sie sich in der letzten Woche in der Saarfrage wieder gezeigt haben, mit großen Bedenken gegenüber. Diese werden nicht abgemildert, sondern verstärkt, wenn man erführt, daß der Völkerbundrat sich für die Ernennung Raults auf ein weiteres Jahr bereitfinden ließ, nachdem Herr Rault weitgehende Zusagen in der Besetzungsfrage gemacht habe: Zurückziehung der französischen Saarbesetzung noch in diesem Jahre und Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie im Umfang von nur 1000 Mann. Was Rault hier zugesagt hat und ihm die Sympathien anscheinend des gesamten Völkerbundsrates eintrug, hätte er vertragsmäßig schon vor fünf Jahren durchführen müssen: Die französische Saarbesetzung durfte überhaupt nicht geduldet werden, sie lag aber im Rahmen der französischen Saarpolitik. Die Besetzungsfrage mußte außerdem von selbst eine vertragsmäßige Lösung finden, da die deutsche Regierung in ihrer letzten Note kategorisch die Herstellung des vertragsmäßigen Zustandes gefordert hatte. Wenn Frankreich sich trotz seiner bisherigen Weigerung plötzlich für die Räumung des Saargebiets innerhalb eines Jahres entschieden haben soll — es bleibt abzuwarten, ob es auch zur Einlösung der Zusage kommt —, so ist ganz offensichtlich, daß Frankreich und Herr Rault besondere Gründe dafür haben, Herrn Rault noch im Jahre 1925-26 an der Spitze der Saarverwaltung zu sehen. Die Lösung des Rätsels ist nicht so schwer, wenn man sich den schwäbischen Antrag und seine Auswirkungen näher betrachtet:

Bekanntlich steht die Regierungskommision aus fünf Mitgliedern. Nach § 16 des Kapitels II der Anlage zu Art. 45-50

des Versailler Vertrages sieht sich die Kommission zusammen aus einem Franzosen, einem aus dem Saarbezirk stammenden und dort ansässigen Nichtfranzosen und aus drei Mitgliedern, die drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland angehören" und die in der nachstehenden Zusammenstellung der Kürze wegen als "Neutrale" bezeichnet sind. Für das Jahr 1925-26 soll Herr Rault Präsident bleiben. Es ergibt sich demnach folgender Wechselturms:

1925-26	ein Franzose	1930-31
1926-27	ein Saarländer	1931-32
1927-28	ein "Neutraler"	1932-33
1928-29	ein "Neutraler"	1933-34
1929-30	ein "Neutraler"	1934-35

Am 31. März 1935 würde die Amtsperiode für den dritten "Neutralen" zum zweiten Mal zu Ende gehen, und ab 1. April 1935 würde wieder Frankreich den Präsidenten stellen. In dessen Amtszeit fällt demnach die im Sommer 1935 vorzunehmende Volksabstimmung an der Saar. Es dürfte wirklich nicht so schwer sein, das Interesse Frankreichs daran zu begreifen, daß die Abstimmung im Jahre 1935 unter der Präsidentschaft eines Franzosen in der Saarregierung stattfindet. Nach der Verteilung der Verwaltungszweige, wie sie unter Rault in der Saarverwaltung vorgenommen wurde, unterstehen drei Viertel bis vier Fünftel der Verwaltung dem Präsidenten der Saarregierung direkt. Die Machtmittel, die dadurch dem Präsidenten der Saarregierung zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung im Jahre 1935 an die Hand gegeben wurden, sind so erheblich, daß man verstehen kann, wenn Frankreich sich die Präsidentschaft für die Saarregierung im Abstimmungsjahr unter allen Umständen sichern will. Der schwedische Antrag, der in loyalster Form gestellt wurde im Interesse einer unparteiischen Verwaltungstätigkeit an der Saar, kam den Franzosen insofern gelegen, als die Endziele Frankreichs im Saargebiet durch geschickte Anwendung dieses Antrages zu erreichen sind. Jedenfalls hat sich Frankreich mit Hilfe dieses Antrages das Recht gesichert, die Abstimmung im Jahre 1935 unter einem französischen Präsidenten an der Saar durchzuführen. Dieser ist ihm mehr wert als die Beibehaltung der französischen Saarbesatzung. Daher die Forderung Frankreichs, Rault noch ein Jahr Zeit zu lassen, trotz seiner bereits fünfjährigen Präsidentschaft, dann muß Frankreich turnusgemäß auch ab 1. April 1935 den Präsidenten stellen.

*

Und die Saarbesatzung macht sich bodenständig!

Es hat sich gezeigt, daß die am 11. März von Genf aus verbreiteten Nachrichten über die angeblichen Vereinbarungen des Völkerbundes in der Saarfrage — Rault ein weiteres Jahr Präsident, aber Zurückziehung der französischen Saarbesatzung innerhalb eines Jahres — nur französische Manöver darstellten, um im Saargebiet wie auch anderswo nicht noch in letzter Stunde neue Protestaktionen gegen die Behandlung der Saarfrage zu veranlassen. Am 12. März hat sich der Rat in öffentlicher Sitzung mit der Saarfrage befaßt und beschlossen:

Herr Rault und die übrigen Saarkommissionmitglieder ein weiteres Jahr zu bestätigen!

Eine Bindung, Herrn Rault vom Jahre 1926 ab nicht wieder zum Präsidenten zu ernennen, ist jedoch der Rat nicht eingegangen. Der Berichterstatter über die Saarfrage, der Italiener Scialoja, stellte in seinem Bericht nur fest, daß die nochmalige Wiederwahl in seiner Weise die volle Handlungsfreiheit des Rates präjudizieren kann, der in einem Jahre über die Zusammensetzung der Regierungskommission und die Bestimmung des Präsidenten zu entscheiden haben wird. „Kein Mitglied der Kommission darf legitimierweise damit rechnen, daß sein Mandat von einem Jahr zum anderen verlängert wird, denn die durch den Rat vorgenommenen Ernennungen gelten jeweils nur für ein Jahr.“ (Trotzdem darf Frankreich mit Genugtuung feststellen, daß Herr Rault trotz des unglaublichen Skandals in der Saarregierung nun schon im 6. Jahr die französische Annexionspolitik an der Saar vertritt!) Der schwedische Außenminister Lund erklärte, daß er auf den Antrag der schwedischen Regierung nicht weiter bestehe, d. h. mit anderen Worten, daß er dem französischen Druck erlegen ist. Dem Berichterstatter der „Zeit“ ist aufgefallen, daß diesmal der Präsident der Regierungskommission, Rault, der im Verhandlungssaal anwesend war, nicht, wie sonst üblich, aufgesordert wurde, am Ratstisch Platz zu nehmen.

In der Besatzungsfrage obsiegt ebenfalls der französische Standpunkt. Der Berichterstatter sagt in seinem Bericht, daß die örtliche Gendarmerie am 31. März 755 Mann betragen habe und im Laufe des Jahres um weitere 500 Mann vermehrt wurde. Die Kommission erklärt in ihrem Bericht an den Völkerbundsrat, daß die Gendarmerie allein ungenügend sei, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Präsident der Regierungskommission Rault berichtete über die Entwicklung der Gendarmerie und die Finanzlage. Chamberlain erklärte Herrn Rault, die britische Regierung lege großen Wert darauf, daß die französischen Truppen so schnell als möglich über die Grenze des Saargebietes zurück

gezogen werden. Herr Rault bemühte sich an Hand von allen möglichen Zahlen zu beweisen, daß es der Regierungskommission des Saargebietes trotz ihrer ehrlichen Bemühungen nicht möglich sei, die lokale Gendarmerie auf einen derartigen Stand zu bringen, daß die Sicherheit des Saargebietes gewährleistet sei. Er führte aus, daß er und seine Kommissionskollegen sich entschlossen hätten, den Stand für die lokale Gendarmerie auf 3000 Mann festzulegen. Leider sei es aber mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Beamten (!) nicht möglich, diesen Stand zu erreichen. Chamberlain fragte darauf Herrn Rault mit aller Seelenruhe, ob es nicht möglich sei, die Gendarmerie wenigstens auf 1000 Mann zu bringen, damit die französischen Truppen zurückgezogen werden könnten. Verlegen er schlugen seitens des Herrn Rault, der erklärte, sein Mandat zu haben, um in dieser Frage jetzt schon Stellung nehmen zu können, aber versprach, sich innerhalb der Kommission (!) noch eingehend damit zu beschäftigen. Mit dieser Auskunft erklärte sich Chamberlain bestreitigt (!), das entsprach seiner Vereinbarung mit Herrriot.

Das Ergebnis der Saarverhandlung in Genf ist also: Rault bleibt Präsident der Saarregierung, er führt innerhalb der nächsten 14 Tage den wertlosen Grabenfranken ein, entzieht weiter das Saargebiet, beutet es nach allen Regeln der Kunst zugunsten Frankreichs aus und auch die französische Besatzung bleibt in unverminderter Stärke an der Saar!

Völkerbundsmoral!

Auf jeden Fall beweist der Beschluß des Völkerbundes in der Frage der Wiederwahl Raults, daß Frankreich seiner Taktik, Zeit zu gewinnen, treu geblieben ist, und daß es, so fürchten wir, mit dieser Taktik auch in der Saarfrage wieder Erfolg haben wird. Wir stehen jedenfalls dem Beschluß des Völkerbundes über die Wiederernennung Raults außerordentlich skeptisch gegenüber und fürchten, daß er sich nach einem Jahr durch neu ausgeworfene Fragen beeinflussen lassen wird, Herrn Rault auch ein siebentes Jahr die französische Annexionspolitik im Saargebiet fortzuführen zu lassen. Ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der allgemein vorausgesagt wird, erfolgt, ist allerdings eine andere Frage. Solange sich die politischen Bestrebungen gewisser Großmachtstaaten, darunter in erster Linie Frankreichs, nicht von Grund auf ändern, dürfte es schwer sein, innerhalb des Völkerbundes eine Wendung seiner bisherigen Politik herbeizuführen, die doch im Grunde nichts anderes bedeutet, als die Umkleidung politischer Machtbestrebungen und Gewaltmaßnahmen bestimmter Machtstaaten gegenüber den schwachen und besiegteten Ländern mit dem dünnen Firnis völkerbundpolitischer Phrasen und Floskeln. Deutschland kann zwar innerhalb des Völkerbundes gegenüber solchen Bestrebungen energischen Widerstand leisten es wird es aber kaum verhindern können, wenn eine Staatengruppe mit Vormachtstellung innerhalb des Völkerbundes seine machtpolitischen Bestrebungen fortführt. Es besteht dabei lediglich die Gefahr, daß man Deutschland für gewisse Beschlüsse des Völkerbundes dann mit verantwortlich macht, da es solche nicht verhinderte. Und wir fürchten, daß solche Vorwürfe dann auch aus dem Saargebiet kommen, wenn man erkennen muß, daß auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund diesen nicht zu beeinflussen in der Lage ist.

*

Das Saargebiet und die Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission.

Die offensichtliche Verschächerung der Interessen des Saargebietes durch England bei der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission hat in politischen Kreisen des Saargebietes große Entwütung hervorgerufen. An einer Wiederwahl des Herrn Rault konnte nach den Erklärungen Chamberlains in der erwähnten Unterhausitzung nicht mehr gezwifelt werden. Die Widerstände der Saarbevölkerung gegen Herrn Rault richten sich in erster Linie nicht gegen die Person, sondern gegen das bisherige Regierungssystem, das durch eine Vormachtstellung Frankreichs gekennzeichnet war. Dieser im Versailler Vertrag keineswegs begründete ausschlaggebende französische Einfluß auf die Verwaltung des Saargebietes hat, um nur einige Beispiele anzuführen, zur Beibehaltung des französischen Militärs, zur zwangsweisen Einführung des französischen Franken, zum Erlass der berüchtigten Notverordnung im März 1924 und zu einer auffallenden Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes hinsichtlich der Zollfrage geführt. Seitens der Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländerischen Volkspartei ist daher wiederholt die Forderung erhoben worden, die Machtbefugnisse des französischen Mitgliedes der Regierungskommission zu beschränken und zugleich die Präsidentschaft der Regierungskommission auf der Märztagung des Völkerbundes einem neutralen Mitgliede zu übertragen. Der Völkerbund würde seinem im Saargebiet schon sehr im Sinken begriffenen Ansehen den besten Dienst erweisen, wenn er sich trotz der Vereinbarungen

„Auch in der Farbenfrage, das deutet Dr. Stresemann ebenfalls an, hat der verstorbene Reichspräsident volles Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gehabt, und es entsprach ganz seinem nationalen Empfinden und seinem Willen, die parteipolitischen Gegensätze unter Berücksichtigung und Beachtung gegenteiliger Meinungen auszugleichen, wenn er auch in diesem Punkte nach einer dem Nationalbewußtsein des deutschen Volkes würdigen Lösung suchte. Wenn er in dieser Frage nicht mehr zu einer freigebenden und versöhnenden Tat gekommen ist, so einmal, weil hier Verfassungsfragen im Wege standen und zum andern, weil sein unerwarteter Tod diese Regelung nicht mehr zuließ.“

Wenn wir vom Gesichtspunkt des Saargebiets aus die Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert überblicken, so empfinden wir nicht nur rein menschliche Trauer über seinen Tod. Er war ein Sohn des Volkes, der mit zunehmender politischer Reife als Grundlage für die Wiedergefördung des deutschen Volkes und des Nationalbewußtseins das starke nationale Empfinden eines Volles erkannte, für den Ausgleich der Gegensätze eintrat und für die Förderung des nationalen Gedankens

im deutschen Volle hervorragend tätig war, weil er Deutschland als sein Vaterland liebte, das er groß, frei und einig machen wollte. Wie kleinlich sind angesichts dieser Einstellung des Reichspräsidenten Ebert die zum Teil geradezu krankhaften Bemühungen, das Ansehen des Oberhauptes des deutschen Reiches seinem eigenen Volle und dem Auslande gegenüber herabzusetzen. Er war ein deutscher Mann, mit gesundem nationalen Empfinden und heizem Herzen für die Leiden und Kämpfe jener deutschen Volksgenossen, die nicht das Glück haben, im Schutz des Deutschen Reiches ihr nationales Leben zu führen. Das Saargebiet wird dem verstorbenen Reichspräsidenten ein immerwährendes treues Andenken bewahren, nicht nur, weil er ein guter Mensch, sondern ein ehrlicher, stolzer und nationaler Deutscher war. Die Parteien, die den Verstorbenen lediglich als Parteimann und Parteifreund betrachten, handeln nicht im Sinne des nun Entschlafenen, weil er nicht Parteimann, sondern Deutscher sein wollte. In seiner Gedankenrede rief Reichskanzler Dr. Luther am Sarge des verstorbenen Reichspräsidenten dem deutschen Volle im Geiste des Toten die Mahnung zu, die auch wir im Interesse des Deutschkampfes an der Saar uns zu eigen machen: „Seid ein Volk, ein Vaterland!“

Rault bleibt im Amt.

Zur Durchführung der französischen Annexionsziele.

Was nach den letzten Mitteilungen über die französisch-englische Vereinbarungen in der Saarfrage nicht mehr überraschen konnte, ist nun tatsächlich erfolgt: Herr Rault ist auf ein weiteres Jahr auf seinem Posten als Präsident der Saarregierung bestätigt worden. Am 11. März hat man sich in streng vertraulicher Sitzung mit der Ernennung der Saarregierungskommissonsmitglieder beschäftigt. Was durch die einzelnen Besservertreter in Genf darüber mitgeteilt wurde, lautet übereinstimmend dahin, daß zwar der Völkerbundrat dem noch von dem inzwischen verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting gestellten Antrag, die Präsidentschaft für die Saarregierung abwechselnd den vertretenen Staaten zu übertragen, zugestimmt hat, daß aber für das Jahr 1925 noch einmal der französische Staatsrat Rault Präsident der Saarregierung sein soll. Wir erinnern uns, daß der Völkerbundrat schon einmal einen Beschluß gefaßt hatte, durch den die Präsidentschaft des Herrn Rault bis zum 31. März 1925 befristet sein sollte. Von diesem Beschluß weiß man anscheinend im Völkerbundrat nichts mehr, oder man will nichts mehr wissen. Jedenfalls hat die französisch-englische Einigung bewirkt, daß Herr Rault abermals ein Jahr für die Durchführung der französischen Annexionspolitik im Saargebiet tätig sein soll.

Und dieses eine Jahr, vorausgesetzt, daß man inzwischen den Beschluß vom 11. März d. J. nicht ändert, dürfte für das Saargebiet von besonderer Bedeutung sein. Denn gerade jetzt befinden sich Fragen in der Schwere, die unter der Präsidentschaft des Herrn Rault zweifellos eine Erledigung in französischem Sinne erfordern werden. Wir sehen von den zurzeit schwedenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft und Saarzollgrenze ab. Hier hat man angeblich die Regierungskommision ausgeschlossen, da es sich „lediglich um eine deutsch-französische Angelegenheit“ handle, in die die Regierungskommision nichts hineinreden habe. Das klingt so verblüffend sachlich und unparteiisch, daß man fast glauben möchte, es sei so. In Wirklichkeit ist es ein ganz raffiniert vorbereitetes taktisches Manöver. Die Regierungskommision hat man von französischer Seite „ausgeschaltet“ weil man, bevor die Deutschen nach Paris kamen, mit Herrn Rault schon alles so genau besprochen hat, daß der französische Standpunkt unter allen Umständen gesichert bleibt. Was der Vorsitzende der französischen Delegation, Setzuny, mit der deutschen Delegation verhandelt, geschieht nach genau mit Herrn Rault vereinbarten Grundzügen. Herr Rault ist nicht umsonst noch kurz vor Beginn dieser deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarwirtschaft in Paris gewesen.

Es steht dann zunächst die Frage der von Frankreich vorbereiteten Saarwährung zur Beprüfung. Es ist schon außerordentlich bezeichnend, daß sowohl die Saarregierung wie auch die französische Regierung sich zu den Protesten aus dem Saargebiet in dieser Frage völlig in Stillschweigen gefüllt haben und daß man auch nichts davon erfahren hat, welche Begleitnotiz Herr Rault der Denkschrift der politischen Parteien über diese Währungsfrage gegeben hat. Man hat sich in Paris und in Saarbrücken mit Erfolg bemüht, diese undeutsche Gröterung über die neuen Währungsabsichten der französischen Regierung im Saargebiet zum Schweigen zu bringen. Wir werden nicht überrascht sein zu erfahren, daß der Völkerbundrat auf diese Frage auf seiner diesmaligen Tagung entweder überhaupt nicht eingehet oder daß er sie vertagt hat. In beiden Fällen wäre die Regierungskommision entsprechend ihren bisherigen Methoden

in der Lage, nach den französischen Wünschen eine neue Währungsänderung durch Einführung der Saarwährung vorzunehmen, den Völkerbundrat dann vor eine vollendete Tat zu stellen, die dieser schließlich damit sanktioniert, daß er erklärt, der Auszug der Regierungskommision nicht widersprechen zu können.

Die Wiederernennung Raults zum Präsidenten der Saarregierung ermöglicht es fernerhin, daß die schweren Anschuldigungen, die gegen Herrn Rault in der Kassel-Affäre und neuerdings in dem Spritzenkandal gemacht wurden, der Vergessenheit zugeführt werden und damit einer späteren Regierung die Möglichkeit genommen wird, diese Frage vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Wir begreifen also durchaus, daß Frankreich unter allen Umständen die Wiederwahl Raults verlangte, da nicht nur Prestige- und Frankreichs, sondern sehr bedeutsame Korruptionsfragen mit der Person Raults zusammenhängen.

Die Frage der französischen Saarbesetzung hängt gleichfalls mit der Person des Herrn Rault zusammen. Es heißt zwar, daß der Völkerbundrat auch in dieser Frage bereits einen Beschluß gefaßt habe dahingehend, daß die französische Saarbesetzung im Verlauf des nächsten Jahres möglichst ganz zurückgezogen werden soll, und daß die Regierungskommision bereits zugesagt habe, im Verlaufe eines Monats 500 Mann zurückzuziehen. Es bestätigt sich damit unsere an anderer Stelle wiedergegebene, vor dem Beschluß des Völkerbundrates niedergeschriebene Aussöhnung, daß Herr Rault mit der Ankündigung der Zurückziehung des Saarlonier französischen Jägerbataillons den entsprechenden günstigen Eindruck über seinen guten Willen zu machen verstand. Ein Jahr ist eine lange Zeit. Niemand weiß, wer in einem Jahre von den regierenden Staatsmännern, die heute auf die große Politik entscheidenden Einfluss ausüben, noch die führende Rolle spielt. Was heute Herrn Rault zugesagt hat, braucht im nächsten Jahre für einen zweiten Poincaré nicht maßgebend zu sein, genau so, wie die Zusage Mac Donalds, für einen neutralen Präsidenten der Saarregierung einzutreten, nicht mehr für Baldwin und Chamberlain bindend gewesen ist.

Wir stehen den Vorgängen in Genf, wie sie sich in der letzten Woche in der Saarfrage wieder gezeigt haben, mit großen Bedenken gegenüber. Diese werden nicht abgemildert, sondern verstärkt, wenn man erfährt, daß der Völkerbundrat sich für die Ernennung Raults auf ein weiteres Jahr bereitfinden ließ, nachdem Herr Rault weitgehende Zusagen in der Besetzungsfrage gemacht habe: Zurückziehung der französischen Saarbesetzung noch in diesem Jahre und Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie im Umfange von nur 1000 Mann. Was Rault hier zugesagt hat und ihm die Sympathien anscheinend des gesamten Völkerbundsrates eintrug, hätte er vertragsmäßig schon vor fünf Jahren durchführen müssen: Die französische Saarbesetzung durfte überhaupt nicht geduldet werden, sie lag aber im Rahmen der französischen Saarpolitik. Die Besetzungsfrage mußte außerdem von selbst eine vertragsmäßige Lösung finden, da die deutsche Regierung in ihrer letzten Note kategorisch die Herstellung des vertragsmäßigen Zustandes gefordert hatte. Wenn Frankreich sich trotz seiner bisherigen Weigerung plötzlich für die Räumung des Saargebiets innerhalb eines Jahres entschieden haben soll — es bleibt abzuwarten, ob es auch zur Einlösung der Zusage kommt —, so ist ganz offensichtlich, daß Frankreich und Herr Rault besondere Gründe dafür haben, Herrn Rault noch im Jahre 1925-26 an der Spitze der Saarverwaltung zu sehen. Die Lösung des Rätsels ist nicht so schwer, wenn man sich den schwedischen Antrag und seine Auswirkungen näher betrachtet.

Bekanntlich steht die Regierungskommision aus fünf Mitgliedern. Nach § 16 des Kapitels II der Anlage zu Art. 45-50

des Versailler Vertrages setzt sich die Kommission zusammen aus „einem Franzosen, einem aus dem Saarbedien stammenden und dort anlässigen Nichtfranzosen und aus drei Mitgliedern, die drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland angehören“ und die in der nachstehenden Zusammensetzung der Kürze wegen als „Neutrale“ bezeichnet sind. Für das Jahr 1925-26 soll Herr Rault Präsident bleiben. Es ergibt sich demnach folgender Wechselturms:

1925—26	ein Franzose	1930—31
1926—27	ein Saarländer	1931—32
1927—28	ein „Neutraler“	1932—33
1928—29	ein „Neutraler“	1933—34
1929—30	ein „Neutraler“	1934—35

Am 31. März 1935 würde die Amtsperiode für den dritten „Neutralen“ zum zweiten Mal zu Ende gehen, und ab 1. April 1935 würde wieder Frankreich den Präsidenten stellen. In dessen Amtszeit fällt demnach die im Sommer 1935 vorzunehmende Volksabstimmung an der Saar. Es dürfte wirklich nicht so schwer sein, das Interesse Frankreichs daran zu begreifen, daß die Abstimmung im Jahre 1935 unter der Präsidentschaft eines Franzosen in der Saarregierung stattfindet. Nach der Verteilung der Verwaltungszweige, wie sie unter Rault in der Saarverwaltung vorgenommen wurde, unterstehen drei Viertel bis vier Fünftel der Verwaltung dem Präsidenten der Saarregierung direkt. Die Machtmittel, die dadurch dem Präsidenten der Saarregierung zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung im Jahre 1935 an die Hand gegeben wurden, sind so erheblich, daß man versteht, wenn Frankreich sich die Präsidentschaft für die Saarregierung im Abstimmungsjahr unter allen Umständen sichern will. Der schwedische Antrag, der in loyalster Form gestellt wurde im Interesse einer unparteiischen Verwaltungstätigkeit an der Saar, kam den Franzosen insofern gelegen, als die Endziele Frankreichs im Saargebiet durch geschickte Anwendung dieses Antrages zu erreichen sind. Jedenfalls hat sich Frankreich mit Hilfe dieses Antrages das Recht gesichert, die Abstimmung im Jahre 1935 unter einem französischen Präsidenten an der Saar durchzuführen. Dieser ist ihm mehr wert als die Beibehaltung der französischen Saarbesetzung. Daher die Forderung Frankreichs, Rault noch ein Jahr jetzt zu belassen, trotz seiner bereits fünfjährigen Präsidentschaft, dann muß Frankreich turnusgemäß auch ab 1. April 1935 den Präsidenten stellen.

*

Und die Saarbesetzung macht sich bodenständig!

Es hat sich gezeigt, daß die am 11. März von Genf aus verbreiteten Nachrichten über die angeblichen Vereinbarungen des Völkerbundes in der Saarfrage — Rault ein weiteres Jahr Präsident, aber Zurückziehung der französischen Saarbesetzung innerhalb eines Jahres — nur französische Manöver darstellten, um im Saargebiet wie auch anderswo nicht noch in letzter Stunde neue Protestaktionen gegen die Behandlung der Saarfrage zu veranlassen. Am 13. März hat sich der Rat in öffentlicher Sitzung mit der Saarfrage befaßt und beschlossen:

Herrn Rault und die übrigen Saarkommissionmitglieder ein weiteres Jahr zu bestätigen!

Eine Bindung, Herrn Rault vom Jahre 1926 ab nicht wieder zum Präsidenten zu ernennen, ist jedoch der Rat nicht eingegangen. Der Berichterstatter über die Saarfrage, der Italiener Scialoja, stellte in seinem Bericht nur fest, daß die nochmalige Wiederwahl in seiner Weise die volle Handlungsfreiheit des Rates präjudizieren kann, der in einem Jahre über die Zusammensetzung der Regierungskommission und die Bestimmung des Präsidenten zu entscheiden haben wird. „Kein Mitglied der Kommission darf legitimerweise damit rechnen, daß sein Mandat von einem Jahr zum anderen verlängert wird, denn die durch den Rat vorgenommenen Ernennungen gelten jeweils nur für ein Jahr.“ (Trotzdem darf Frankreich mit Genugtuung feststellen, daß Herr Rault trotz des unglaublichen Standals in der Saarregierung nun schon im 6. Jahr die französische Annexionspolitik an der Saar vertritt!) Der schwedische Außenminister Unden erklärte, daß er auf den Antrag der schwedischen Regierung nicht weiter bestehe, d. h. mit anderen Worten, daß er dem französischen Druck erlegen ist. Dem Berichterstatter der „Zeit“ ist aufgefallen, daß diesmal der Präsident der Regierungskommission, Rault, der im Verhandlungssaal anwesend war, nicht, wie sonst üblich, aufgefordert wurde, am Ratsstil Platz zu nehmen.

In der Besetzungsfrage obliegt ebenfalls der französische Standpunkt. Der Berichterstatter sagt in seinem Bericht, daß die örtliche Gendarmerie am 31. März 755 Mann betragen habe und im Laufe des Jahres um weitere 500 Mann vermehrt wurde. Die Kommission erklärt in ihrem Bericht an den Völkerbundsrat, daß die Gendarmerie allein ungenügend sei, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Präsident der Regierungskommission Rault berichtete über die Entwicklung der Gendarmerie und die Finanzlage. Chamberlain erklärte Herrn Rault, die britische Regierung lege großen Wert darauf, daß die französischen Truppen so schnell als möglich über die Grenze des Saargebietes zurück-

gezogen werden. Herr Rault bemühte sich an Hand von allen möglichen Zahlen zu beweisen, daß es der Regierungskommission des Saargebietes trotz ihrer ehrlichen Bemühungen nicht möglich sei, die lokale Gendarmerie auf einen derartigen Stand zu bringen, daß die Sicherheit des Saargebietes gewährleistet sei. Er führte aus, daß er und seine Kommissionskollegen sich entschlossen hätten, den Stand für die lokale Gendarmerie auf 3000 Mann festzusetzen. Leider sei es aber mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Beamten (!) nicht möglich, diesen Stand zu erreichen. Chamberlain fragte darauf Herrn Rault mit aller Seelentruhe, ob es nicht möglich sei, die Gendarmerie wenigstens auf 1000 Mann zu bringen, damit die französischen Truppen zurückgezogen werden könnten. Verlegen eckte er auf seitens des Herrn Rault, der erklärte, kein Mandat zu haben, um in dieser Frage jetzt schon Stellung nehmen zu können, aber versprach, sich innerhalb der Kommission (!) noch eingehend damit zu beschäftigen. Mit dieser Auskunft erklärte sich Chamberlain befriedigt (!), das entsprach seiner Vereinbarung mit Herrriot.

Das Ergebnis der Saarverhandlung in Genf ist also: Rault bleibt Präsident der Saarregierung, er führt innerhalb der nächsten 14 Tage den wertlosen Grabenfranken ein, entzieht weiter das Saargebiet, beutet es nach allen Regeln der Kunst zugunsten Frankreichs aus und auch die französische Besetzung bleibt in unverminderter Stärke an der Saar!

Völkerbundsmoral!

Auf jeden Fall beweist der Beschluß des Völkerbundes in der Frage der Wiederwahl Raults, daß Frankreich seiner Taktik, Zeit zu gewinnen, treu geblieben ist, und daß es, so fürchten wir, mit dieser Taktik auch in der Saarfrage wieder Erfolg haben wird. Wir stehen jedenfalls dem Beschluß des Völkerbundes über die Wiederernennung Raults außerordentlich skeptisch gegenüber und fürchten, daß er sich nach einem Jahr durch neu aufgeworfene Fragen beeinflussen lassen wird, Herrn Rault auch ein siebentes Jahr die französische Annexionspolitik im Saargebiet fortzuführen zu lassen. Ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der allgemein vorausgesagt wird, erfolgt, ist allerdings eine andere Frage. Solange sich die politischen Bestrebungen gewisser Großmachtstaaten, darunter in erster Linie Frankreichs, nicht von Grund auf ändern, dürfte es schwer sein, innerhalb des Völkerbundes eine Aenderung seiner bisherigen Politik herbeizuführen, die doch im Grunde nichts anderes bedeutet, als die Umkehrung politischer Machtstreubungen und Gewaltmaßnahmen bestimmter Machtstaaten gegenüber den schwachen und besiegtenden Ländern mit dem dünnen Firnis völkerbundpolitischer Phrasen und Floskeln. Deutschland kann zwar innerhalb des Völkerbundes gegenüber solchen Bestrebungen energischen Widerstand leisten, es wird es aber kaum verhindern können, wenn eine Staatengruppe mit Vormachtstellung innerhalb des Völkerbundes seine machtpolitischen Bestrebungen fortsetzt. Es besteht dabei lediglich die Gefahr, daß man Deutschland für gewisse Beschlüsse des Völkerbundes dann mit verantwortlich macht, da es solche nicht verhinderte. Und wir fürchten, daß solche Vorwürfe dann auch aus dem Saargebiet kommen, wenn man erkennen muß, daß auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund diesen nicht zu beeinflussen in der Lage ist.

Das Saargebiet und die Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission.

Die offensichtliche Verschächerung der Interessen des Saargebietes durch England bei der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten der Regierungskommission hat in politischen Kreisen des Saargebietes große Entrüstung hervorgerufen. An einer Wiederwahl des Herrn Rault konnte nach den Erklärungen Chamberlains in der erwähnten Unterhaussitzung nicht mehr gezwifelt werden. Die Widerstände der Saarbevölkerung gegen Herrn Rault richten sich in erster Linie nicht gegen die Person, sondern gegen das bisherige Regierungssystem, das durch eine Vormachtstellung Frankreichs gekennzeichnet war. Dieser im Versailler Vertrag keineswegs begründete ausschlaggebende französische Einfluß auf die Verwaltung des Saargebietes hat, um nur einige Beispiele anzuführen, zur Beibehaltung des französischen Militärs, zur zwangsweisen Einführung des französischen Franken, zum Erlass der berüchtigten Notverordnung im März 1924 und zu einer auffallenden Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes hinsichtlich der Zollfrage geführt. Seitens der Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei ist daher wiederholt die Forderung erhoben worden, die Machtbefugnisse des französischen Mitgliedes der Regierungskommission zu beschränken und zugleich die Präsidentschaft der Regierungskommission auf der Marztagung des Völkerbundes einem neutralen Mitgliede zu übertragen. Der Völkerbund würde seinem im Saargebiet schon sehr im Sinken begriffenen Ansehen den besten Dienst erweisen, wenn er sich trotz der Vereinbarungen

wollen Herrios und Chamberlain endlich dazu entschlossen, die Fortsetzung des Saargebietes auf Ernennung eines neutralen Präsidenten der Regierungskommission nachzulommen. Der von schwedischer Seite eingebrachte Antrag, den Präsidenten der Saarregierung abwechselnd durch die Staaten stellen zu lassen, die dem Völkerbund angehören, bot hierzu einen geeigneten Weg. Leider ist man ihm aus allzu durchsichtigen Gründen nicht gegangen.

*

Ein scharfes Urteil über Raults Miswirtschaft.

Es stellt sich immer klarer heraus, daß eine Fortsetzung des heutigen Regimes im Saargebiet unmöglich ist. Die Regierungskommissare im Saargebiet kümmern sich zumeist um die Interessen des ihnen unvertrauten Landes nicht. In den letzten Tagen wurde dieses Misverhältnis in einer erschreckenden Weise offenbart. Das Saargebiet ist seit dem 10. Januar 1925 von seinem deutschen Absatzgebiet getrennt, der französische Markt ist zur Aufnahme der meisten saarländischen Produkte nicht imstande. Das wußte man seit Jahren. Trotzdem tat der Regierungskommissar nichts, die Gefahr zu bannen. Heute droht die Katastrophe. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie plant die Entlassung eines Drittels ihrer Arbeiterschaft, während die keramische Industrie mit einer Entlassung von 60 Proz. rechnet.

Die Saarregierung aber kümmert sich um nichts. So sieht sich die Reichsregierung gezwungen, die Existenzsicherung der Saarbevölkerung durch Zugeständnisse an Elsaß-Lothringen zu erlaufen, während sich die zuständigen Völkerbundsbeauftragten für desinteressiert erklären. Man hat einmal daran gezweifelt,

dass das Saargebiet seiner inneren Zusammengehörigkeit nach kein deutsch sei. Wer kümmert sich aber heute allein in der Welt um das Saargebiet? Weder Frankreich noch die Völkerbundsbeauftragten, denen man das Land anvertraut hat, — sondern lediglich das geschlagene und verarmte Deutschland, dem man das Land für 15 Jahre genommen hat.

Die Enthüllungen des zurückgetretenen Saarministers Waugh in der „New York World“ erhellten die Zusammenhänge. Sie kompromittieren das Regime Raults vollends. Waugh schreibt folgendes über das Regime Raults im Saargebiet:

„Das französische, das belgische und das böhmisches (heute tschechische) Mitglied der Saarregierung, die Mehrheit also, waren nach Waugh nicht nur Frankreich freundlich, sondern führten auch Instruktionen der französischen Regierung unmittelbar aus. Gegen seinen Protest, so schreibt Waugh, habe Herr Rault ein eigenes Bureau in Paris eingerichtet, dessen Unkosten aus der Kasse des Saargebietes bezahlt würden. Durch dieses Bureau gehe die heimliche Verbindung mit der französischen Regierung. Die Protokolle über alle Sitzungen der Regierungskommission wurden schleunigst an dieses Bureau in Paris gehandt, wo sie dann für die einzelnen (französischen) Regierungsdepartements zugänglich waren.“

Unter diesen Umständen ist es allerdings nicht wunderlich, daß die saarländischen Interessen für diesen seltsamen Treuhänder des Völkerbundes bedeutungslos bleiben. Das Saargebiet ist heute eine von den französischen Regierungsstellen geleitete Kolonie, für deren Wohlergehen Frankreich nicht einmal vor der Welt verantwortlich ist. Es ist anzunehmen, daß die sensationellen Enthüllungen Wauchs auf der Genfer Tagung des Völkerbundsrates eine Rolle spielen werden.

Die beabsichtigte zweite Währungsänderung im Saargebiet.

Die politischen Parteien des Landrats und zwar die Zentrums- und Deutsch-saarländische Volkspartei haben dem Völkerbundsrat folgende Denkschrift in der Währungsfrage überreicht:

Der französische Finanzminister Herr Clémentel, hat in der Sitzung des französischen Senats vom 30. Dezember 1924 erklärt, daß

„die französische Regierung die Absicht habe, im Saargebiet Geldzeichen, auf französische Franken lautend, gedest durch das Vermögen der im Besitz des französischen Staates befindlichen Saarlochgruben und gesichert durch eine Bürgschaft der Bank von Frankreich, einzuführen. Diese Geldzeichen sollen gegen die jetzt umlaufenden Noten der Bank von Frankreich ausgetauscht werden. Ein ähnlicher Notenaustausch soll in Madagaskar stattfinden.“

Der Zweck dieser Maßnahme ist, das Notenkontingent der Bank von Frankreich um den Betrag der im Saargebiet und Madagaskar umlaufenden französischen Geldzeichen zu entlasten. Das heißt: Diese für das Saargebiet neu zu schaffenden Geldzeichen werden dann nicht mehr durch den Goldbestand der Bank von Frankreich gedest sein, sondern die Deckung findet nur durch die Immobilien der Saarlochgruben statt; sie sind also Schuldverschreibungen der Saarlochgruben, die von der Bank von Frankreich garantiert werden.

Ein industrielles Unternehmen, denn das sind die französischen Saargruben, soll also Schuldverschreibungen ausgeben mit der Behauptung, diese Schuldverschreibungen seien Geld, das jedermann nehmen müsse. Schuldverschreibungen sind aber noch lange nicht ohne weiteres Geld. Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung beim großen Publikum, Schuldverschreibungen anzunehmen, dadurch gefördert werden muß, daß mehr oder weniger hohe Zinsen dafür bezahlt werden. So ist es möglich, diese Schuldverschreibungen einem beschränkten Kreise von Käufern zuzuführen, der sie als Anlagepapiere annimmt. Deshalb wurde auch z. B. bei der deutschen Rentenmark die Möglichkeit gegeben, die unverzinslichen Schuldverschreibungen einzutauschen. Niemand jedoch wird auf den Gedanken kommen, zinslose Schuldverschreibungen als vollwertig anzunehmen, auch dann nicht, wenn sie den Ausdruck Geld tragen.

Es ist allgemein bekannt, daß die großen Kursschwankungen des französischen Franken auf seine ungenügende Golddeckung zurückzuführen sind. Um wiedermal weniger stabil wird nun der sogenannte Grubenfranken sein, der gar nicht durch Gold gedest ist? Dieses Grubengeld wird weder wertvoll, noch stabil, noch verkehrsfähig sein. Infolgedessen wird weder die Saarbevölkerung noch die Elsaß-Lothringische Bevölkerung, der dieses Geld auch zugesetzt sein soll, gewillt das neue Grubengeld anzunehmen. Bei den Bewohnern von Madagaskar ist dies vielleicht eher möglich.

Zudem war Herr Clémentel selbst noch im Spätherbst vorigen Jahres der Meinung, daß die Schaffung einer saarländischen Währung, aufgebaut auf den Kohlevorräten oder auf der laufenden Kohlenausbeute der Saargruben, denselben Erfolg haben würde, wie die Ausgabe der Geldscheine, die die französisch-belgische Eisenbahnregie ausgegeben hat. Sie wird daher allerseits im gegenwärtigen Zeitpunkt als praktisch unmöglich bezeichnet. Diese Auffassung ist richtig, denn der Regierungskommission war nichts wert, und jedermann hat gesucht, ihn möglichst rasch wieder abzustoßen, also einen Dümmeren zu finden, der ihn nehmen wollte.

Man hat sich nun darauf berufen, daß zwischen der Bank von Frankreich und der Regierungskommission des Saargebietes kein Vertrag über den Umlauf des französischen Franken abgeschlossen und daß daher die Bank von Frankreich berechtigt wäre, ihr Geld zurückzuziehen. Wenn Frankreich diesen Rechtsfeind tatsächlich erheben sollte, so ist darauf hinzuweisen, daß der Vertreter Frankreichs in der Regierungskommission, Herr Präsident Rault, in Übereinstimmung mit dem damaligen französischen Ministerpräsidenten, Herrn Poincaré, den Franken als alleinige gesetzliche Währung gegen den Willen der Bevölkerung im Saargebiet eingeführt hat; daß ferner der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1923 unter Zustimmung des französischen Vertreters, Herrn Hanotaux, die Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung gutgeheißen hat. In allen Fällen also haben die Vertreter Frankreichs nicht nur zugestimmt, sondern auch alles mögliche getan, den Franken zur gesetzlichen Währung im Saargebiet zu erheben. Damit hat Frankreich der Saarbevölkerung und dem Völkerbundsrat gegenüber die Verpflichtung übernommen, seine eigene Währung im Saargebiete aufrechtzuhalten. Wie kann nun dasselbe Frankreich mit der Begründung, es sei kein Vertrag zustande gekommen, dazu übergehen, an Stelle des französischen Franken dem Saargebiet einen ganz minderwertigen Franken ersatz anzubieten, der der Saarbevölkerung den größten Schaden zufügen muß?

Der geplante Geldersatz ist überhaupt kein Geld, also auch kein französisches, dessen Umlauf nach § 32 des Saarstatuts im Saargebiet geduldet werden müßte. Seine Einführung stände also in Widerspruch mit dem Vertrage von Versailles; sie stände aber auch im Widerspruch mit der Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Mai 1923, deren § 1 als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel die französische Währung einführt und deren § 16 lautet:

„Wer unbefugt Banknoten oder sonstige auf den Inhaber lautende unverzinsliche Schuldverschreibungen ausgibt, wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem Zehnfachen des Vertrages der von ihm ausgegebenen Wertzeichen gleichkommt.“

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Schwierigkeiten Frankreichs am besten dadurch gemindert werden können, daß im Saargebiet wieder der vertragliche Zustand hergestellt wird, wonach die deutsche Reichsmark die gesetzliche Währung des Saargebietes bildet.

Wir bitten daher den Hohen Rat des Völkerbundes, auf die Regierungskommission des Saargebietes dahin einzutreten zu wollen, daß sie sofort mit dem Deutschen Reich in Verbindung tritt, um die deutsche Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel wieder im Saargebiet einzuführen.

*

Die Frage der neuen Saarwährung wird von Frankreich und der Saarregierung in aller Stille weiter gefördert, ohne daß man sich um Proteste, Vertragsbestimmungen und gelegentliche Vorwürfe kümmert. Die Zusammenkunft Herrrots und Chamberlains vor der Ratstagung in Genf hat offenbar auch dazu geführt, die Frage der Saarwährung auf der jetzigen Tagung nicht

anschneiden zu lassen. Bis zur nächsten Tagung ist die Saarwährung eingeführt und der Völkerbund wird später dahin entscheiden, „ob es nicht möglich ist, noch eine dritte Währungsstellung vorzunehmen.“ Also wird er es bei der von Frankreich und der Saarregierung eingeführten neuen Saarwährung belassen, wenn es auch gegen Vertrag, gute Sitten, Treue und Glauben verstößt. Den Völlinger Volksfreund will erfahren haben, daß die Noten für die neue saarländische Währung in Saarbrücken bereits gedruckt seien. Wir halten diese Nachricht durchaus für glaubhaft und werden nicht überrascht sein, wenn man innerhalb von 14 Tagen nach der Ratstagung in Genf im Saargebiet auf dem Verordnungswege erfährt, daß das Saargebiet über die neue Saarwährung erhalten hat. Im Völkerbundesland an der Saar ist es nicht nötig, sich darüber Gewissensbisse zu machen, ob die Bevölkerung mit solchem Tun einverstanden ist, oder nicht. Sie hat hinzunehmen und dankbar dafür zu sein, was man ihr bietet und sei es auch der Raub ihres Rechtes und ihrer Wohlheit.

Das Saargebiet im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben, bekanntlich eine Unterbrechung von 14 Tagen erfahren, damit das in monatelangen Verhandlungen sich herauskristallisierte Ergebnis der beiderseitigen Wünsche und Zugeständnisse geordnet und formuliert werden kann, um auf Grund dieser Vorbereitungen am 16. März erneut in Verhandlungen eintreten zu können, die zum Abschluß eines Handelsprovisoriums führen sollen. Der bisher ergebnislose Verlauf dieser deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat auch für das Saargebiet schwerwiegende Weiterungen gebracht insfern, als die französische Zollgrenze um das Saargebiet gezogen wurde. Gegen Deutschland besteht also seit dem 10. Januar eine Zollmauer, die dem Saarländischen Wirtschaftsleben jede Lebenszufuhr von Deutschland verwehrt. Zwischen dem französischen Handelsminister und dem Führer derburg ist vereinbart worden, daß über die Saarwirtschaftsfrage besondere Vereinbarungen geführt werden sollen, die am 10. Januar in Paris ihren Anfang nehmen sollen. Die „Saarbrüder Zeitung“ läßt sich über diese Verhandlungen von ihrem Berliner Vertreter dahin informieren, daß man auf französischer Seite endlich zu der Einsicht gelangt sei, daß der Zustand, der sich mit dem 10. Januar für das Saargebiet herausgebildet hat, nicht länger bestehen könne. Aus Kreisen der deutschen Delegation sei dem Vertreter des Blattes versichert worden, daß von dem Abschluß eines Provisoriums nicht die Rede sein könne, bevor dieser Fragmentkomplex nicht besiegelt worden sei. Weiter meldet der Berliner Vertreter, daß die Reichsregierung an die französische Regierung eine Anfrage gerichtet habe, wann die Sonderverhandlungen über das Saargebiet beginnen könnten. Die französische Regierung habe darauf geantwortet, daß sie zur Beprüfung der zur Diskussion stehenden Fragen am Sonntag, den 7. ds. Ms., bereit sei. Die mit der Führung der saarländischen Wirtschaftsverhandlungen betraute deutsche Delegation hat sich unter Führung des Geheimrats von Friedberg, des Referenten des

Saargebietes im Auswärtigen Amt, bereits nach Paris begeben. Auch eine Delegation von saarländischen Wirtschaftsachternbündigen hat sich nach Paris begeben und nahm am 11. März erstmäßig an den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen über die Saarzollfrage teil.

Es wird sich also schon in den nächsten Tagen entscheiden, ob man in Frankreich sich bei der Behandlung der Wirtschaftsfragen im Saargebiet von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder von politischen Erwägungen wird leiten lassen. Sämtliche Wirtschaftsachternbündige, einschließlich die französischen und selbst die französisch-saarländische Handelskammer ist der Überzeugung, daß, wenn dem wirtschaftlichen Chaos im Saargebiet abgeholfen werden soll, die einzige Möglichkeit darin besteht, den Zustand wieder herzustellen, wie er vor dem 10. Januar bestand, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Saarregierung nicht aus politischen Zielen die hemmungslose wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland sabotieren würde. Alle anderen Vereinbarungen, die jetzt auf Grund der wirtschaftlichen Notlage im Saargebiet von französischer Seite aus erzielt werden, sind nichts anderes als ein Notbehelf, der aber nur beweist, daß die zollpolitische Regelung für das Saargebiet nach den Bestimmungen von Versailles ein wirtschaftliches Blödinn ist, der auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundesabstimmung zu beseitigen ist. Leider sehen wir trotz der Regierung Herrrot keine Anzeichen dafür, daß von französischer Seite Vernunftgründe bei der Regelung der Wirtschaftsfragen für das Saargebiet ausschlaggebend sein werden. Auch die Regierung Herrrot hofft noch immer, wenigstens einen Teil ihrer Annexionsabsichten im Saargebiet durchführen zu können, und sei es selbst über den Trümmerhaufen der Saarwirtschaft hinweg. Wir würden uns freuen, wenn der Gang der Verhandlungen in Paris uns widersetzen würde.

England und das Saargebiet.

Im englischen Unterhaus spielte am 5. März das Saargebiet abermals eine gewisse Rolle. Von liberaler Seite wurden der englischen Regierung Vorwürfe darüber gemacht, daß sie sich in der Saarfrage die Hände gebunden hätte. Der Abgeordnete Runciman wies darauf hin, daß die neutrale öffentliche Meinung in England, auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten sich gefragt habe,

warum die französische Regierung sich so eifrig in dem Saarhohlengebiet betätige, warum sie hundert Millionen Francs für ständige Zollgebäude ausgegeben habe, und warum die Garnisonen ausschließlich aus Franzosen beständen. Warum werde das französische Element in dem Saargebiet ermutigt und das deutsche entmutigt? Wenn die Verwaltung des Saargebietes nicht streng unparteiisch bis zur Volksabstimmung von 1935 sei, so werde das Saarproblem eines der schwierigsten Probleme werden, welches die britischen und französischen Staatsmänner zu lösen haben werden.

In Erwiderung auf die von Runciman an der Verwaltung des Saargebietes geübte Kritik erklärte Chamberlain, er rechne das Saargebiet nicht zu den Gefahrenpunkten von Europa. Er sei nicht geneigt, alles, was in der Verwaltung des Saargebietes vorläge, zu verteidigen. Eine große Zahl von

Klagen sei jedoch unberechtigt, und wenn etwas Unrechtes geschehen sei, so bestehe weit größere Aussicht, es wieder gut zu machen, wenn diejenigen, die sich über das Unrecht beklagten, dieses auf die Punkte beschränken würden, für die sie eine tatsächliche und wahre Begründung hätten, um sie dem Völkerbundesrat zu unterbreiten. Er sei zu dem Schluß gekommen, daß er nichts Besseres tun könne, als die Wahl Raoulis zu unterstützen, der sich eine große Erfahrung erworben habe, und Runciman würde, wenn er persönlich mit ihm zusammenkäme, eine bessere Meinung erhalten.

Die Ausführungen Chamberlains lassen deutlich erkennen, daß er sich zum Verteidiger der französischen Saarpolitik macht, ohne selbst von der Stichhaltigkeit seiner Behauptungen überzeugt zu sein. Es entspricht eigentlich sonst nicht der gentlemanlike Art des Engländer, die Notlage eines Schwachen auszumühen, um gegen ihn ganz ungerechtfertigte Angriffe zu erheben. Solche Charaktereigenschaften ist man allerdings bei gewissen anderen Völkern gewöhnt, die z. B. auf das vollständig entwaffnete und wehrlose deutsche Volk mit ihren bis an die Zähne bewaffneten Armeen einhauen, es tyranisieren, berauben und demütigen. Dass auch Chamberlain diesem winzig kleinen Saargebiet, das sich des besonderen Schutzes des Völkerbundes und aller ritterlichen

Nationen erfreuen sollte, sich in der gleichen Weise gegenüber be-nimmt, ist nicht gerade ein Beweis dafür, daß das Recht auf seiner Seite steht. Wenn er behauptet, daß eine große Zahl von Klagen unberechtigt sei, so gibt er damit zu erkennen, daß eine andere Anzahl von Klagen zu Recht besteht. Es entspricht nicht dem Ansehen des Völkerbundes, wenn Chamberlain, das von ihm geduldeten Unrecht zu verteidigen sucht, anstatt zu fordern, daß der Völkerbund jedes von ihm ausgehende Unrecht auf das entschiedenste bekämpft. Herr Rault darf nicht stolz darauf sein, daß seine Wahl für Chamberlain mit dem Hinweis darauf beantwortet wurde, daß ein Teil der gegen ihn vorgebrachten Klagen unberechtigt sei; bisher sind noch alle gegen Rault erhobenen Klagen unwiderlegt geblieben. Herr Rault muß sich sagen lassen, daß ein anderer Teil — und dazu gehört sein Spiegelsohn, seine Beamtenpolitik, seine Wirtschaftspolitik und seine „Rechispolitik“ — zu den berechtigten Klagen Anlaß gegeben haben. Und das genügt, um Herrn Rault ein für allemal für ungeeignet zu erklären, sein Amt unparteiisch und gerecht zu verwalten.

*

Die Julagen, die der englische Außenminister Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten Herriot in der Frage der Wiederernennung des Herrn Rault zum Präsidenten der Saarregierung gemacht hat, veranlaßte den englischen Journalisten Robert Donald zu folgendem Schreiben an den „Manchester Guardian“:

„Ihr Londoner Korrespondent schreibt heute, daß Mr. Austen Chamberlain bei seiner Durchreise durch Paris, als er sich zur Sitzung des Völkerbundes nach Rom begab, Herrn Herriot gegenüber der Wiederernennung des Herrn Rault zum Präsidenten der Saar-Regierungskommission keine Zustimmung erteilte. Es ist kaum zu glauben, daß der englische Minister des Auswärtigen eine derartige Indiskretion beging, indem er, ohne den Rat seiner Kollegen einzuhören und ohne die gegenwärtige Voge des Saargebietes zu untersuchen, sich für die Fortdauer eines Fehlers einhält, der von schwerwiegendstem Einfluß auf die internationale Lage ist.

Leiderdies ist der Völkerbund weder ein Privatunternehmen des Mr. Chamberlain oder des Mr. Herriot, noch ist die Saar eine Figur, mit der auf dem Schachbrett von Europa gespielt werden kann. Der Völkerbund ist verantwortlich für die Verwaltung dieses Gebietes. Es ist das einzige Land, das einer Völkerbundspolitierung anvertraut worden ist. Es ist dies ein Versuch internationaler Verwaltung, der von allen Beteiligten mit Unparteilichkeit und Gerechtigkeit durchgeführt werden muß.

Als die Regierungskommission ernannt wurde, teilte der Völkerbundrat den Mitgliedern mit, daß sie keine andere Bekämpfung hätten und kein anderes Interesse vertreten dürften, als das Wohlergehen der Einwohner zu fördern. Weit davon entfernt, diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Kommission durch den Präsidenten, den die oberste Kontrolle in den wichtigsten Geschäften hat, einschließlich der inneren und äußeren Angelegenheiten, in den letzten 5 Jahren der Kolonisationspolitik Frankreichs im Bereich des öffentlichen Lebens, hinsichtlich des Handels, des Unterrichts- und des Finanzwesens, hauptsächlich zugestanden.

Wie ihr Korrespondent sagt, sind, abgesehen von den ursprünglichen Fehlern des Vertrages, alle Wirkungen im Saargebiet der Tatjade zuzuschreiben, daß ein Franzose zum Präsidenten gemacht wurde. (Es besteht für diese Ernennung

keine Bestimmung im Vertrage.) Kein Franzose hätte in der Rolle des Präsidenten neutral oder unparteiisch handeln können, und Mr. Rault war mehr Agent Frankreichs als Vertreter des Völkerbundes. In den wichtigsten Fragen, die das Wohlergehen der Einwohner betreffen, hält er sich an die Instinktionen der französischen Regierung.

Die Lage des Saargebietes ist augenblicklich wahrscheinlich schlimmer, als sie je gewesen ist. Denn Frankreich hat sie durch ein sträfliches Finanzvoorgehen fortsetzt, und es beabsichtigt, eine seltsame Währung einzuführen. In einer derartig hellen Tage finde ich es beinahe unglaublich, daß Mr. Chamberlain insgeheim mit Mr. Herriot verhandelt, und zwar mehr als drei Monate früher, als die Frage der Wiederernennung von Mitgliedern der Regierungskommission zur Diskussion kommt. Wenn Mr. Chamberlain diesen Fehler gemacht hat, so hat er sich dadurch als Förderer der französischen Kolonisationspolitik bloßgestellt, welche die seierlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles zerstören will. Er versäumt es auch, die Verantwortlichkeit des Völkerbundes für den Versuch, eine internationale Regierung zu schaffen, zu würdigen.

Man war im letzten Jahr der Meinung, daß die Herrschaft von Mr. Rault im kommenden März ihr Ende finden würde und hoffte, daß durch die Wahl eines neutralen Präsidenten die Wohlfahrt der Saareinwohner gesichert und die Aussöhnungspolitik beginnen würde.“

Sir Robert Donald schreibt ferner, daß es beinahe unglaublich ist, daß Mr. Chamberlain mit Mr. Herriot insgeheim über die Präsidentschaft der Saar-Regierungskommission verhandelt und seinen Beistand für die Wiederernennung des Franzosen Mr. Rault in der Mitgliedschaft des Völkerbundes versprochen hätte. So unglaublich wie es ist, so ungewöhnlich ist es auch, daß sich etwas Derartiges ereignen kann. Aristoteles pflegte zu sagen, daß es unnötig sei, über etwas zu diskutieren, was sich nicht ereignen würde; aber er sollte in den Tagen der modernen Diplomatie gelebt haben. Dort ist nichts unmöglich in bezug auf die Behauptung, daß Unterhandlungen vor den Ratssitzungen geführt werden dürfen, und da dieses seltsame Gerücht aus Paris stammt, so ist es nötig, nicht in die Sache zu bringen, damit es widerlegt wird, wenn es möglich ist. Hoffen wir, daß es möglich ist. Das Beste, was sich für das Saargebiet ereignen könnte, wäre die Wahl eines neutralen Präsidenten für die Regierungskommission durch den Völkerbund; andernfalls würde die Regierungsmacht, wie früher, weiter dazu benutzt werden, um schließlich die Aussöhnung des Saargebietes durch Frankreich zu fördern. Was der Völkerbund braucht, beinahe mehr als irgend etwas, ist, sich von dem Verdacht zu reinigen, daß er der Spielball einer Handvoll Mächte im Interesse ihres eigenen besondern europäischen Politik ist.

Die Pflicht des Völkerbundes ist es, für das Wohlergehen und die gerechte Behandlung der Saarbevölkerung bis zur Abstimmung im Jahre 1935 zu sorgen und nicht irgendwelche Versprechungen zu unterstützen, die darauf hinauslaufen, die Saarbevölkerung vorher in irgend eine besondere Form zu pressen. Die Ernennung des Präsidenten der Regierungskommission ist die wichtigste Gesetzes-handlung, die der Völkerbund in seiner Macht hat, und des Rats ist verpflichtet, diese nur im Hinblick auf das Wohl der Saarbevölkerung auszuführen. Die französischen Interessen, die der Vertrag vorsieht, werden unter einem neutralen Präsidenten nicht leiden; jedoch ohne einen neutralen Präsidenten werden die Interessen der Saarbevölkerung leiden.

„Zur Sicherung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung.“

Die Saarregierung läßt die Saarbeamten hungern.

Die erste Tat der Saarregierung war bekanntlich die Abtrennung der Saarbahnen vom deutschen Reichsbahnnetz und die Schaffung einer selbständigen Saareisenbahndirektion. Den Eisenbahnen waren von Anbeginn wesentlich bessere Existenzbedingungen als unter deutscher Verwaltung zugesagt worden, besonders, falls sie sich für die Frankenlohnung aussprachen. Es ist bekannt, unter welchen Machinationen damals die Frankenabhängung an die Saareisenbahner und auf den Saareisenbahnen eingeschüchtert wurde. Gute Tage haben die Saareisenbahner nur, solange im Saargebiet die Mark noch einen aussichtslosen Kampf mit dem Franken führte. Seitdem der französische Franken allein gesetzliche Währung im Saargebiet geworden ist — wohlgemerkt völlig vertragswidrig —, seitdem ist es mit der Herrlichkeit auch unter den Saareisenbahner zu Ende. Nicht nur, daß die Herrlichkeit ein Ende hatte, nein, von dieser Zeit her röhrt das Eind, das jetzt allgemein unter den Eisenbahnen des Saargebietes zu Hause ist. Seit Monaten sind die Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft an der Saar die denkbar ungünstigsten. Auch die Beamtenchaft besonders der unteren Klassen ist nicht auf Rosen gebettet. Besonders ungünstig aber liegen die Verhältnisse für die Eisenbahner, Arbeiter und Beamten. Sie müssen sich mit

Lohns- und Gehaltsjähen begnügen, die bei weitem nicht das Existenzminimum erreichen. — Zwar haben sie versucht, ihre materielle und soziale Lage durch Erreichung von Mindestfordernungen zu verbessern. Die Regierungskommission als Arbeitgeber hat sich aber stets entweder vollauf oder als herzlos erwiesen, sie hat die Forderungen der Eisenbahner entweder überhaupt nicht beachtet oder sie in geradezu herausfordernder Weise abgelehnt. Durch die Länge der Zeit dieses Existenzkampfes der Saareisenbahner sind diese schon derart kraft- und energielos geworden, daß sie sich niemals zu einem Endkampf austraffen konnten. Auch neuerliche Schritte der Eisenbahner wurden von der Saar-Regierung rundweg abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß „vor kaum vier Wochen Lohnanpassungen erfolgt sind“. Lohnanpassungen, von denen wir gelegentlich der Behandlung der Beamtengehälter nachgewiesen haben, daß die unteren Lohns- und Gehaltsklassen von Eisenbahner und Beamten nicht nur keine Aufbesserung, sondern zum Teil Abschöpfen erfahren haben. Es ist erklärlich, daß angesichts einer derartigen Behandlung der berechtigten Forderungen der Eisenbahner unter diesen eine starke Erregung einzusteht.

Es ist bekannt, daß die Beamten des Saargebietes, insbesondere die unteren und mittleren Beamten seit Jahren unzureichende Besoldungen beziehen. In ihren Kreisen herrscht allent-

halben Not, Verarmung, Verzehrung. Die Gehaltsbezüge betragen nur die Hälfte bis zwei Drittel des Friedensgehaltes. Die Regierungskommission hat den Beamten des Saargebietes die vollständige Gleichstellung mit ihren Amtskollegen im Reiche nicht bloß versprochen, sondern sie hat im Beamtenstatus die übernommenen Verpflichtungen vertraglich festgelegt und anerkannt. Doch welche Kämpfe führt die Beamtenchaft um die Angleichung ihrer Gehaltsätze an die Gehälter der in gleichem Range stehenden Kollegen im Reiche. Durch die zeitigen, sehr geringen Aufbesserungen wurde das Beamtenelend bisher nicht beendet. Auch die Ruhegehälter, die jeweils nach dem früheren Gehalte bemessen werden, sind für die Lebenshaltung bei den bekleidenden Ansprüchen verdienter Ruheständler nicht ausreichend. Zur Beschaffung der nötigen Wintervorräte schließen es in allen Beamtenfamilien an den notwendigen Geldern. Das gegebene Versprechen, die gerechte Forderung der Gleichstellung mit den Kollegen im Reiche zur baldigen Durchführung zu bringen, ist bis jetzt nicht eingelöst. Die Gehaltsstufe, die die Saarregierung den Beamtenvertretern vorlegte, beweist, daß sie auch in Zukunft nicht gewillt ist, der drückenden Not, besonders der unteren und mittleren Beamten, abzuhelfen.

*

Ein Gerichtsurteil gegen die Hungerpolitik der Saarregierung.

In den beiden Prozessen, welche Beamte des Saargebietes, die seinerzeit von der deutschen Regierung übernommen worden sind, um ihre Gleichstellung in der Besoldung mit den deutschen Beamten gegen die Regierungskommission angestrengt haben, wurde am 10. März ein Zwischen- und Teilsturteil durch die 5. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts dahin gefällt, daß

1. der Klageanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt ist,
2. festgestellt wird, daß die Bellagie verpflichtet ist, den Klägern diejenigen Frankengehälter zu zahlen, die unter Zugrundelegung des jeweiligen Umrechnungskurses den im Deutschen Reich gezahlten Gehältern mit eintretenden Erhöhungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Saargebiet und in Anlehnung an diese entsprechen,
3. die Entscheidung über die Kosten dem Endurteil vorbehalten bleibt.

In den Entscheidungsgründen ist ausgeführt, daß die nicht-richterlichen Beamten einen nach § 149 des Deutschen Reichsbeamtengezeses klagbaren Anspruch gegen die Regierungskommission auf Gleichstellung mit den Beamten im Deutschen Reich unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Saargebiet und in Anlehnung an sie haben, weil er ihnen im § 5 der Verfassung betr. die Beamten im Saargebiet vom 16. März 1920 und im Artikel 31 des Beamtenstatus vom 29. Juli 1920 zugesichert worden ist und die ihnen gewährleisteten Rechte zu einem Bestandteil ihres öffentlich-rechtlichen Anstellungsvertrages geworden sind. Zugleich ist der Regierungskommission die Beweispflicht dafür auferlegt worden, daß und inwiefern die in Betracht kommenden Verhältnisse, von denen die Teuerung abhängt, hier günstiger waren wie im Deutschen Reich. Die Entscheidung über die Betragshöhe ist dem Nachverfahren vorbehalten. Auch ist die Zulässigkeit der Feststellungsklage anerkannt worden, da die Kläger ein rechtliches Interesse an der Regierung ihrer Gehaltsansprüche für die Zukunft haben.

*

Kreditnot und Bodenpolitik im Saargebiet.

Die französische Politik, wie sie von Anfang an durch die Saarregierung gefordert worden ist, arbeitet in drei verschiedenen Richtungen:

1. Wirtschaftliche Durchdringung,
2. geistige Abschnürung und
3. politische Bevormundung.

Die wirtschaftliche Durchdringung setzte bereits wenige Wochen, nachdem der französische Fiskus die Saargruben übernommen hatte, ganz systematisch und brutal ein. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit Hilfe der Saarkohlen, die sich ohne Ausnahmen in Händen Frankreichs befinden, Frankreich den größten Teil der Saarindustrie dazu zwang, 50 Prozent und mehr französisches Kapital aufzunehmen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen befindet sich daher die Saarindustrie überwiegend in französischer Hand. Auf diesem Wege hofft man, Einfluß auch auf die politische Gestaltung des Saargebietes gewinnen zu können. In dem Maße, wie man es von Anfang an erwartet hatte, haben sich allerdings die Hoffnungen der Franzosen nicht erfüllt. Sie besitzen zwar die Kohlen, sie besitzen auch die Aktienmehrheit der Saarindustrie, sie haben aber nicht um

1 Prozent mehr Einfluß auf die Herzen der Bevölkerung gewinnen können. Aus diesem Grunde steht auch der Wert des Saargebietes an der politischen Pariser Börse außerordentlich unter pari.

Trotzdem verfolgt man die alte wirtschaftliche Durchdringungspolitik weiter. Immer wieder vernimmt man, daß der französische Grubenfiskus im Saargebiet Grundstücke und Häuser aufkauft und so immer mehr festen Fuß im Saargebiet setzt. Auch die Privathäuserläuse seitens der Franzosen im Saargebiet, die eine zeitlang geradezu beängstigenden Umfang annahmen, sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Jetzt, wo der französische Franken immer mehr abwärts neigt, ist es den französischen Häuser- und Grundstückspekulanten nicht immer leicht, die notwendigen Kapitalien für diese Bodenpolitik aufzubringen. Auf der anderen Seite hat man im Saargebiet sehr wohl erkannt, daß mit dem französischen Franken nicht allzuviel anzusangen ist, und das ein solides Gebäude einen viel realeren Wert als das schönste Frankenguthaben darstellt.

In vielen Fällen erkennen die Gemeinden zwar die Notwendigkeit, freiwerdende Grundstücke oder Gebäude zu erwerben, sind aber nicht in der Lage, die hierfür erforderlichen Gelder aufzubringen. Auscheinend fürchtet die Saarregierung, daß diese Kreditnot im Saargebiet der Bodenpolitik Abbruch tun könnte. Deshalb fördert sie überall, wo sich ihr hierzu die Möglichkeit bietet, die Erwerbung saarländischer Grundstücke durch französische Käufer und veranlaßt wohl auch indirekt die französischen Geldinstitute, für solche Grundstückserwerbungen Gelder zur Verfügung zu stellen. Man sollte sich in deutschen Kreisen sehr wohl überlegen, ob diesem Gebahren der Saarregierung nicht eine sehr gefährliche Tendenz unterliegt, die auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben darf. Wenn die Saarregierung vielleicht gerade unter Ausnutzung der Frankeninflation es zu Wege brächte, entsprechende Frankenkredite für die Erwerbung saarländischer Grundstücke flüssig zu machen, so könnte es passieren, daß eines Tages der saarländische Grund und Boden, wie die Saarindustrie, mindestens zu 60 Prozent sich in französischer Hand befände. Im Saargebiet wird man sich hoffenlich mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen und die Schritte erwägen, die gegangen werden müssen, um die aufziehende Gefahr des völligen Grundstücksaufkaufs vom Saargebiet rechtzeitig fernzuhalten. Es wäre aber gut, wenn man sich auch außerhalb des Saargebietes mit der Frage der französischen Bodenpolitik im Saargebiet eingehend beschäftigt und sich überlegte, was geschehen kann, um einer ernsten Gefahr vorzubeugen.

Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, daß die Saarregierung die Gründung eines Anleihezwedverbandes der Kreise und Gemeinden des Saargebietes veranlaßte, dem es in erster Linie obliegen soll, ausländische Kapitalien über französische Banken natürlich in das Saargebiet zu leiten. Wir sind allen Maßnahmen der Saarregierung gegenüber außerordentlich skeptisch, besonders wenn sich die deutliche Tendenz erkennen läßt, vor allem Deutschland aus dem Saargebiet herauszudringen. Auf jeden Fall macht es uns misstrauisch, daß die Saarregierung die Gründung des obengenannten Anleihezwedverbandes veranlaßte, um ausländische Kapitalien in das Saargebiet hineinzubringen. Es ist wohl ein Unterschied zu machen zwischen jenen Anleihen, die die Gemeinden von sich aus mit irgendwelchen ausländischen Bankinstituten abschlossen und solchen, die durch Vermittlung der Saarregierung abgeschlossen werden.

Saarbeamten im preußischen Landtag.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat es bisher abgelehnt, den im Saargebiet tätigen früheren preußischen Beamten dasselbe Gehalt zu zahlen, das sie in Preußen erhalten würden. Der schwache Frankenstand schädigt diese Beamten zurzeit gegenüber ihren preußischen Kollegen um etwa 50 Prozent. Die Beamtenorganisationen des Saargebietes haben daher, wie gemeldet, den Klageweg gegen die Regierungskommission auf Grund des Artikels 31 des Beamtenstatus beschritten, der die Gleichstellung mit den betreffenden übrigen deutschen Beamten vorschreibt.

Die bayerische Regierung soll ihre Beamten und Ruhestandsbamten im bayerischen Teile des Saargebietes seit dem 1. Januar 1925 den Gehalts- bzw. Ruhegehaltsunterschied in Reichsmark nachzahlen.

Eine volksparteiliche kleine Anfrage im preußischen Landtag lautet dahingehend:

1. Ist dem Staatsministerium dieser unhalbare Zustand bekannt,
2. Welche Schritte hat es getan, um die Beamten, die seinerzeit mit Zustimmung der Regierung ihre Stellungen behalten haben, gegen diese willkürliche Kürzung ihrer Bezüge zu schützen?
3. Ist das Staatsministerium bereit, im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung eine gleichmäßige Regelung der Gehalts- und Ruhegehaltsbezüge herbeizuführen.

Ein Warnungssignal.

In einem Teil der Saarbrücker Presse ist das nachstehende Schreiben des bisherigen Geschäftsführers der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Saarbrücken, Johann Feld, veröffentlicht worden:

Saarbrücken, den 28. Februar 1925.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei

des Saargebiets,

z. H. des Vorsitzenden, Herrn Valentin Schäfer,

in
Saarbrücken.

„Nachdem ich die Überzeugung gewonnen habe, daß die besuchten Instanzen der Partei keine Veranlassung nehmen, der von vielen Seiten als landesverräterisch empfundenen Tätigkeit des Redakteurs Braun in der „Volksstimme“ ein Ende zu lehnen, sehe ich mich nicht mehr in der Lage, als Verleger des Blattes zu signieren. Ich lege daher mit dem heutigen Tage mein Amt als Geschäftsführer der „Volksstimme“ nieder und zeige gleichzeitig meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei an.“

Hier wird dem jetzigen politischen Redakteur des sozialdemokratischen Blattes in Saarbrücken der schwerste Vorwurf gemacht, der einen Deutschen treffen kann. Ein Vorwurf, der um so schwerer wiegt, als er von einem Manne erhoben wird, der die Tätigkeit des Redakteurs Braun aus nächster Nähe beobachten konnte, ohne in seiner geschäftlichen Funktion die Möglichkeit zu haben, politisch einzutreten. Und die Anklage richtet sich nicht nur gegen den einen Redakteur, sondern zugleich gegen die „Instanzen der Partei“, die die bellagenswerte Haltung der „Volksstimme“, über die auch wir schon seit langem stärkstes Begehr empfunden muhten, geduldet haben.

Jedem, der die innenpolitische Entwicklung im Saargebiet in den letzten Jahren beobachtet hat, kommt der Schritt des Herrn Feld allerdings nicht gerade überraschend. Hat doch der ehemalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Rechtsanwalt Dr. Sender, seine parteipolitische Tätigkeit bereits vor einigen Wochen aus denselben Gründen wie Herr Feld eingestellt.

Wie es in solchen Fällen meist geschieht, antwortet der angegriffene Teil mit persönlichen Verdächtigungen und schleudert Herrn Feld die unbewiesene Behauptung nach, er hätte seinen Schritt nur aus Berechnung zu seinem persönlichen Vorteil getan. Demgegenüber genügt es, die „Saarbrücker Landeszeitung“ zu zitieren, die von Herrn Feld schreibt, daß er wegen „seiner ehrenhaften Gelinnung und seines zuverlässigen Charakters sich auch bei seinen schärfsten parteipolitischen Gegnern der höchsten Achtung und des größten Ansehens erfreute“.

In der Tat ist der Parteiaustritt des Herrn Feld nichts anderes als die zwangsläufige Folge jener bedauerlichen inneren Wandlung, die sich in der Sozialdemokratie des Saargebiets in den letzten beiden Jahren in steigendem Maße vollzogen hat, und die gerade wir von unserem parteipolitisch neutralen, nur auf das deutsche Interesse gerichteten Standpunkt mit wachsender Sorge beobachten muhten.

Viele Zeit standen die Führer der Sozialdemokratie des Saargebiets mit in der ersten Reihe der Männer, die unter Einziehung der eigenen Persönlichkeit den Unionsbestrebungen des französischen Imperialismus entschlossen entgegneten. Einer der verdientesten Kämpfer des Deutschums im Saargebiet war Johann Feld, der geschäftliche Leiter der „Volksstimme“, die gleich ihm sich lange Zeit in ihrer treu-deutschen Haltung von niemand übertragen ließ und deren mutigen Kampf wir in unserem Blatt des öfteren rühmend erwähnen konnten. In einer der denkwürdigen Kundgebungen der Saarbevölkerung, am 12. März 1920 im Saalbau in Saarbrücken, sprach Herr Feld unter dem stürmischen Beifall einer Riesenversammlung die Worte:

„Hier von dieser Stelle aus wende ich mich an alle wahrhaft demokratischen Menschen und rufe es laut hinaus in die Welt: niemals ist eine erhabene Idee schmälerer mißhandelt worden, als die Idee des Völkerbundes im Versailler Vertrag. Hätte man sich dem Wortlaut und dem Geiste nach an diese Idee gehalten, dann wäre man niemals auf den Gedanken gekommen, die Saarbevölkerung von ihrem alten angestammten Vaterlande loszureißen, ohne sie zu bestrafen. Niemals wird es den deutschen Arbeitern aus der Erinnerung verschwinden, wie die Staatsmänner der Alliierten, die während des Krieges immer das Schlagwort im Munde führten, „wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, sondern für die Demokratie.“ Diese Worte in die Tat umgesetzt haben. Die Tatsachen haben uns bewiesen, daß wir uns nicht nur durch die Sprache unterscheiden,

sondern noch mehr durch unsere Auffassung von der wahren Demokratie.“

In diesem Geiste hat Herr Feld seither Politik getrieben, in diesem Geiste schrieb auch die „Volksstimme“ bis — etwa Ende des Jahres 1922! Wie konnte sich die Haltung der Sozialdemokratie plötzlich so grundlegend ändern? Trotz aller parteipolitischen Neutralität sind wir hier doch veranlaßt, auf ein Ereignis hinzuweisen, das sich in seinen Auswirkungen als ein Verhängnis für das Saargebiet erwiesen hat, die politische Wiedervereinigung der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen im Herbst 1922.

Die Spaltung der Sozialdemokratie vollzog sich während des Krieges, weil die Unabhängigen den Gedanken der Landesverteidigung im Geiste des 4. August ablehnten, den internationalen Klassenkampf über die Idee der Volksgemeinschaft stellten, die Kriegskredite verweigerten und im Sinne jenes Crispin handelten, der das ebenso geist- wie herzlose Wort sprach: „Ich lenne kein Vaterland, das Deutschland heißt.“ Selbstverständlich mußte der tiefe Gegensatz zwischen den Unabhängigen und den von ihnen verläßten „Sozialpatrioten“ nach dem Kriege gerade in jenen bedrohten Grenzgebieten fortbestehen, für die der formelle Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bedeutete. Über die politische Haltung der Unabhängigen im Saargebiet macht Bernhard Rauch in seiner Schrift „Die Saarpolitik Frankreichs“ Mitteilungen, die um so mehr Beachtung verdienen, als der Verfasser der Vorgänger des von Herrn Feld so vernichtend gekennzeichneten Redakteurs Braun an der Saarbrücker „Volksstimme“ ist. Bernhard Rauch wurde 1922, bezeichnenderweise zur Zeit des sozialdemokratischen Augsburger Parteitags, auf dem die Einigung mit den Unabhängigen beschlossen wurde, wegen seiner treu-deutschen Haltung von den Franzosen ausgewiesen. Er hat dann sehr bald der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt und diesen Schritt gleichfalls mit der Haltung der Partei in nationalen Dingen nach der Einigung mit den Unabhängigen begründet. Bernhard Rauch schreibt in seiner 1923 erschienenen Broschüre:

Aber die französische Politik im Saargebiet wäre nicht französisch, wenn sie ihre Frankopolitik in der Arbeiterschaft nicht noch in einem anderen, direkteren und pikanteren Sinne zu treiben versuchte. Allah Rault ist groß, und Major Richert, der Chef der französischen Propaganda, ist sein Prophet. Dieser Beauftragte Jochs hat einen riesengroßen Geldsack und eine merkwürdige Neigung, mit gewissen Arbeitersführern vertraulichen Umgang zu pflegen. Im Juni 1922 wurde von der „Volksstimme“ (Saarbrücken) enthüllt, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei im Saargebiet, Walk, diese gegen Bestechungsgelder in den Dienst der französischen Saarpolitik gestellt hatte. Er war, zusammen mit einigen Unabhängigen, der Veranstalter jener Frankendemonstrationen, auf die sich jetzt, trotz ihres damals kläglichen Verlaufs, die Regierungskommission zur nachträglichen Rechtfertigung ihrer Frankopolitik beruft. Und er hat auch gemeinsam mit einigen anderen merkwürdigen Arbeitersführern jene Denkschriften an den Völkerbund unterzeichnet, in denen die mehr als 90 v. H. der Saarbevölkerung vertretenden Delegationen nach Genf als „Pseudodelegationen“ denunziert wurden. Die U. S. P. D. hatte im ganzen oberreinischen Bezirk etwa 300 Mitglieder, im Saargebiet keine 100. Und doch gab dieses Bäderdukt ein eigenes Organ heraus, in der Wahlzeit Sommer 1922 sogar täglich. Bezeichnenderweise nannte man es in der Bevölkerung „Saarreptil“, denn es wurde in der Druckerei des französischen Propagandablattes gedruckt, des „Nouveau courrier de la sarre“! Offensichtlich wurde zwar erklärt, daß man die Geldmittel zur Herausgabe des Blattes von einem Gönner aus Argentinien (!) habe. Indessen hat man auch den eigenen Anhängern einen nur so ungenügenden Aufschluß über die finanziellen Grundlagen des Unternehmens geben können, daß die damalige Ortsgruppe Neunkirchen der U. S. P. D. beschloß, so lange aus der Partei auszutreten, bis die Angelegenheit geklärt sei. Dann ging das Blatt ein. Zur Zeit seiner unruhlichen Existenz fand es nie ein Wort gegen die schamlose Vergewaltigung der Saarbevölkerung durch den französischen Imperialismus, sondern denunzierte die Führer der Sozialdemokratie als deutsche „Agenten“ weil sie gegen die Verleugnung des Versailler Vertrages und die Vergewaltigung der Volksrechte ankämpften. Mögen jene in der früheren U. S. P. D. des Saargebietes wirksam gewesenen Tendenzen in der vereinigten Sozialdemokratischen Partei nie zur Geltung gelangen, denn wenn irgendwo, so gilt es in den bedrohten Randgebieten, nach einem bekannten Wort Lassalles, die ganze Kraft auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Das ist der fran-

össische Imperialismus! Jede Abschwächung und Verwässerung dieses Kampfes durch Vorstellen innerpolitischer Gegensätze liefert, wenn auch ungewollt, dem Feinde Waffen in die Hand. So selbstverständlich und natürlich der innerpolitische Kampf zwischen den deutschen Klassen und Parteien bleibt, so darf er doch nie, insbesondere an der Saar, am Rhein und an der Ruhr, das gemeinsame Hauptziel verdunkeln.

Diese Warnung ist leider unbeachtet geblieben. Im Gegensatz zu früher wird auf den Charakter des Saargebietes als eines schwer um seine nationale Existenz ringenden Grenzlandes nicht die geringste Rücksicht genommen. Heute ist der Saarbrüder „Volksstimme“ Klasse Kampf alles, Deutschtumskampf nichts. Das Verhängnis begann mit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der interparteilichen Arbeitsgemeinschaft und der geflügelten Absonderung von den übrigen Volksgenossen auch in Fragen, in denen nur ein einziges gemeinsames deutsches Interesse besteht. Welch einen Eindruck muß es auf die Vertreter des Völkerbundes machen, daß die Deutschen ihre kündliche politische Zerrissenheit selbst in Genf nicht verleugnen können. Im Gegensatz zu früher hat es die Sozialdemokratie für nötig befunden, eine eigene Delegation mit Sonderwünschen zur Völkerbundstagung zu schicken. Die Absonderung geht so weit, daß die Delegierten sogar die Lokale meiden, in denen die Abgesandten der anderen Delegation wohnen.

Aus den obigen Darlegungen ergibt sich die Tatsache, daß die veränderte Haltung der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes durch Elemente veranlaßt wurden, die erst nach der Verschmelzung der Partei mit den Unabhängigen Einfluß in der Partei bekommen haben, dem die bisherigen bewährten Führer und Kämpfer für das Deutschtum innerhalb der Partei nicht erfolgreich zu begegnen vermögen. Wir sind davon überzeugt, daß eine ganze Reihe jener Leute, die die Gegenerklärung gegen Feld unterschrieben haben, sich nicht aus innerer Überzeugung dazu bekannten, sondern nur unter dem Druck einer Mehrheit, die die Führung der sozialdemokratischen Partei an sich zu reißen versucht. Wir sind überzeugt, daß diese eben angedeuteten Persönlichkeiten mit steigender Sorge die veränderte Haltung der „Volksstimme“ im Kampf um das Deutschtum verfolgt haben und daß sie sicherlich ihren ganzen Einfluß auszubieten versuchten, die sozialdemokratische Partei des Saargebietes von dem Weg zurückzuhalten, auf den sie von unverantwortlichen Elementen gedrängt wurde. Wir wissen, daß es schwere Kämpfe innerhalb der Partei gegeben hat, wir wissen auch, daß zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eben wegen ihrer veränderten Haltung den Rücken lehnten, und wir wissen auch die Gründe, weshalb die Kämpfer um das Deutschtum innerhalb der sozialdemokratischen Partei ihren Einfluß auch weiterhin in ihr auszuüben versuchen.

Wenn wir einen Vorwurf erheben wollen, dann nicht gegen die sozialdemokratische Partei des Saargebietes, sondern gegen die sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ihr waren die Dinge im Saargebiet bekannt, auch die Gefahren, die dort für das Deutschtum aufstiegen und die Personen, die diese Gefahren herausbeschworen. Dass sie nicht rechtzeitig durchgriff und die Personen entfernte, die den deutschen Interessen und der deutschen Einheitsfront mit ihren Quertreibereien in den Rücken fielen, das ist die Schuld der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es zeigt sich also gerade an diesem Beispiel, daß die politischen Parteien des Reiches in engster Fühlung mit ihren Organisationen in den besetzten und abgetrennten Gebieten stehen müssen, um da, wo sich Gefahren zeigen und Nöte, mit dem Machtwort der Gesamtpartei einzuschreiten. Aber nicht nur Fühlung mit den betreffenden Organisationen ist erforderlich, sondern vor allem auch genaue Kenntnis der Probleme, die hier in Frage stehen. Aber hierin fehlt es den meisten deutschen Parteien, die sich zwar in ihren Parteidogmen austennen, aber von dem, was dem Volksganzen, dem Vaterland und den besetzten und gefährdeten Gebieten not tut, nämlich die Unterstützung durch das einzige Deutschland, meistens keine Ahnung haben. Das gilt fast von allen Parteien.

Was die sozialdemokratische Partei in dem in Frage stehenden Fall offenbar unterlassen hat, so haben auch die übrigen Parteien — keine darf sich ausnehmen — Fühlungnahme mit den örtlichen Organisationen der erwähnten Gebiete unterlassen. Welcher Schaden daraus erwachsen kann, beweist der Fall, der hier in Rede steht. In allen entscheidenden Schicksalsstunden wird das deutsche Nationalgefühl immer über den elenden Parteigegnern siegen. Auch in der Seele des deutschen Arbeiters an der Saar aber lebt jenes Lied Hoffmanns v. Falter: „Was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland.“

So mußte es kommen.

Seitdem der Völkerbundsrat bei jeder seiner Tagungen sich regelmäßig mit der Saarfrage beschäftigen muß, haben die politischen Parteien des Saargebietes immer wieder gefordert, daß der Rat Vertreter der Bevölkerung zu den einzelnen zur Entscheidung stehenden Saarfragen hören solle. Heute liegen die Dinge so, daß der Völkerbundsrat über die Verhältnisse an der Saar lediglich und zwar einseitig durch die Regierungskommission unterrichtet wird. Daß es der Präsident der Saarregierung dabei nicht daran fehlt, seine Regierungsweise als die einzige richtige und erfolgreiche hinzustellen, ist nicht verwunderlich, daß er sich dabei Abweichungen von der Wahrheit und regelrechte falsche Darstellungen zuzuladen kommen läßt, das alles ist eine Angelegenheit, die längst schärfstes Eigreifen erforderlich gemacht haben müßte. Wäre der Völkerbundsrat die demokratische und Rechts-Institution, die er sein soll und sein will, dann hätte er längst dem Grundgesetz demokratischer Regierungsmethoden entsprochen und von sich aus verlangt, daß die Bevölkerung des Saargebietes ihre Wünsche und Beschwerden dem Völkerbund übermittele, daß sie also selbst Anteil nimmt, an an ihrem Geschick. Nichts von alledem. Immer wieder müßten die Delegationen der Saargebietbevölkerung ins Saargebiet zurückkehren, um festzustellen, daß man zwar bei einzelnen Völkerbunddelegierten ein mehr oder weniger offenes Ohr gefunden hat, daß der Völkerbundsrat bisher es aber immer wieder ablehnte, die Vertreter der Bevölkerung offiziell zu empfangen, während z. B. Danzig regelmäßig seine Sache selbst vor dem Rat vertritt. Trotzdem bestand die Möglichkeit, daß je länger je mehr der Völkerbund sich schließlich doch hätte entschließen müssen, in der Frage des Empfangs und der Anhörung der Saargebietvertreter eine Änderung eintreten zu lassen.

Diese Möglichkeit erscheint jetzt bis auf weiteres ausgeschlossen. Bleibt doch das Saargebiet der in Genf versammelten Welt das überaus betrübliche Bild und tragische Schauspiel der völligen Zerrissenheit des deutschen Volkes auch im Saargebiet. Wir haben es glücklich dahin gebracht, daß zwei verschiedene Delegationen aus dem Saargebiet nach Genf gereist sind, um unabhängig von einander und ohne daß der eine wissen läßt, was der andere tut, Rücksprache mit den Völkerbunddelegierten zu nehmen. Ein peinlicher Eindruck, als diese Tatsache in Genf hervorgerufen hat, läßt sich nicht denken. Da erscheint eine Delegation von Vertretern der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Zentrumspartei mit ihren Führern Röchling und Lebacher und jerner eine zweite Delegation der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes mit den Herren Neugel und Bernhard Schneidler. Beide versuchen die Delegierten zum Völkerbundsrat für die Fragen des Saargebietes zu interessieren, doch geben beide Delegationen darüber, wo dem Saargebiet der Schuh drückt, verschiedene Erklärungen ab. Ist es da verwunderlich, daß die Völkerbunddelegierten es ablehnen, mit Vertretern des Saargebietes über die Verhältnisse an der Saar zu sprechen, weil diese Vertreter nicht in der Lage sind, ein einheitliches klares Bild von dieser Lage zu geben? Ein Berliner Blatt bezeichnete die Tatsache des Erscheinens von zwei Saardelegationen in Genf als das deutsche Erdbeben. Das ist es in der Tat, und es zeigt uns, welch unübersehbare Folgen die parteipolitische Zersplitterung innerhalb des deutschen Volkes haben muß.

Die Lage des Saargebietes hat durch die Uneinigkeit der politischen Parteien an der Saar eine solche Verschlechterung in Genf erfahren, daß man sich ernsthaft fragen muß, ob hier wirklich nur zwei politische Meinungsverschiedenheiten vorliegen. Jedenfalls haben die Personen, die die Zerrümmerung der deutschen Einheitsfront an der Saar herbeigeführt haben, eine in ihrer Schwere noch kaum zu ermessende Schuld auf sich geladen. Die Bevölkerung an der Saar selbst sollte diesen Personen die gebührende Antwort geben. Wir haben unserer Meinung über die Zersplitterung und das verantwortungslose Handeln gewisser Persönlichkeiten im Saargebiet genügend Ausdruck gegeben. Noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes wieder die Persönlichkeiten die Führung innerhalb der Partei in die Hände bekommen werden, die jahrelang die Sozialdemokratische Partei im Deutschtumskampf in die vordere Linie stellten. Es ist unverkennbar, daß heute innerhalb der Partei Elemente die Führerschaft an sich gerissen haben, die ein Unglück für das Land, eine Katastrophe für das Deutschtum an der Saar bedeuten. Es machen sich dieselben krankhaften Erscheinungen bemerkbar, die schon einmal zu einer scharfen Trennung der Geister führten: der eine gesunde und vernünftige Teil führt unentwegt und unerschrocken in vorderster Linie den Kampf ums Deutschtum, der andere aber hält es sich mit hilf-französischer Propagandagelder Bilden und ließ es sich im übrigen gut sein. Das Deutschtum allerdings war diesem Teil völlig schnuppe. Wir hoffen, daß die notwendig werden-

Scheidung der Geister nicht ein gleich betrübliches Bild hinterläßt, wie es zurzeit der verhängnisvollen Tätigkeit eines Frankenbecker usw. noch in aller Erinnerung ist.

Kleine politische Umschau.

Die „Pfälzische Volkszeitung“ will erfahren haben, daß die in Homburg garnisonierende französische Besatzung am 1. April zurückgezogen wird. Dadurch sollen nicht nur im Landestheaterhaus verschiedene Gebäude frei werden, sondern auch das Schießhaus und die Schießstände der Schützengesellschaft Homburg sollen ihren bisherigen Besitzern wieder übergeben werden. Wir hoffen, daß diese kurz vor dem Beginn der Ratssitzung in Saar verbreiteten Meldungen über die Zurückziehung französischer Truppenabteilungen aus dem Saargebiet sich bewahrheiten, so daß wirklich endlich die ganz unbedeckten Besetzungslosen der Saarbevölkerung genommen werden. In Saar soll ja der Beschluß geahnt worden sein, die gesamte französische Saarbesatzung im Laufe ds. J. zurückzuziehen, hoffentlich findet man in Frankreich und in der Saarbrüder Alleestraße nicht wieder Bormände, diesen Beschluß als „vorläufig unausführbar“ hinzustellen.

*

Von Seiten der politischen Parteien des Saargebietes ist sowohl die Saarregierung wie auch der Völkerbundsrat in Denkschriften aufgerufen worden, gegen die französischen Werber für die Fremdenlegion einzuschreiten. In einer der letzten Denkschriften der politischen Parteien an den Völkerbundsrat war eine ganze Liste der unglücklichen Opfer aufgeführt worden, die diesen französischen Werbern in die Hände gefallen sind. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Saarprese einen neuen Fall französischer Werbung, dem um ein Haar wiederum vier junge Arbeitslose zum Opfer gefallen wären. Auch der Rechtsanwalt Bessenich, der gewiß nicht in dem Ruf deutscher Propaganda steht, teilte diesen Fall des Verlages der Anwerbung für die französische Fremdenlegion dem französischen Propagandablatt in Saarbrücken mit, mit der Bitte, durch Veröffentlichung die „Aufmerksamkeit der saarländischen Polizeibehörde auf diesen Fall“ einer in unserm nach dem Versailler Vertrag zu entmilitarisierten Völkerbundsländern ganz unzulässigen militärischen Anwerbung hinzuwenden“. Das erwähnte Franzonenblatt druckte den Brief des Herrn Bessenich auch ab, kürzte daran aber einen Kommentar, aus welchem ersichtlich ist, daß dem sogenannten Chefredakteur und Geschäftsführer des genannten Blattes Schöttler die Geflogenheiten der von der Saarregierung ausgehaltene Spiegel außerordentlich gut bekannt sind. Dieser erwähnte Schöttler behauptet nämlich in keinem Kommentar, daß auch Rechtsanwalt Bessenich als ehrlicher Mann den Lügenmeldungen der nationalistischen Heppresse zum Opfer gefallen sei, da die näheren Erfundnungen erwiesen hätten, daß hier im Saargebiet eine Reihe bezahlter Spiegel existiert, die den Auftrag hätten, sich als Fremdenlegionswerber auszuweisen und an junge Leute heranzutreten, um Herrn Schmelzer Material zu liefern, damit die Saarbevölkerung weiter ausgehegt werden kann. Wenn uns die Person des erwähnten Schöttler nicht gar zu gleichgültig und im übrigen reichlich säuberungsbedürftig erschien, würden wir erklären, daß er sich mit dem französischen Spiegel Kammel die Hand reichen möchte. Uns interessiert der Schöttler nicht im geringsten, dagegen die Tatsache, daß die Regierungskommission bzw. ihre politische Polizei auch weiterhin in der durch Kammel aufgedeckten Weise Material herzustellen bemüht ist, um entweder Dinge zu „beweisen“, die nicht beweisbar sind, oder Dinge als nicht bestehend nachzuweisen, über die jeder anständige Mensch auf Schrift und Tritt stolpert. Die seinerzeit von den politischen Parteien des Saargebietes listemäßig ausgezählten Opfer französischer Fremdenlegionswerber lassen sich nun einmal nicht ableugnen, so sehr die Saarregierung auch bemüht ist und deshalb muß der von der französischen Bergwerksdirektion ausgehaltene Saarkurier „Vorfälle schildern“, um weitere Nachrichten über Opfer der französischen Werber als unglaublich erscheinen zu lassen. Das Blatt hat recht, wenn es seinen Kommentar unter der Überschrift bringt: Bezahlte Spiegel! Denn wer so etwas schreibt, ist es in der Tat!

*

Die Saarregierung hat kürzlich wieder ein klassisches Beispiel dafür gegeben, wie sie gemeinsam mit der französischen Regierung es versteht, den Völkerbund hinter Licht zu führen. Bekanntlich hat die deutsche Regierung am 28. Februar d. J. den zwölften Protest gegen die französische Saarbesatzung an den Völkerbundsrat gerichtet, und verlangt, daß nunmehr endlich der vertragliche Zustand im Saargebiet, d. h. die restlose Befreiung des Saargebietes von französischer Besatzung hergestellt werde. Da die Regierungskommission darauf rechnen mußte, daß die Frage der französischen Saarbesatzung den Völkerbundsrat auf seiner Märztagung beschäftigen würde, hat sie es für angebracht gehalten, bekannt zu geben, daß das in Saarlouis garnisonierende französische Jägerbataillon am 25. März nach Frankreich verlegt

würde. Es wurde allerdings gesagt, daß der endgültige Abtransport sich — bis zum 25. April verzögern werde. Wer aus dieser Mitteilung nicht den Hohn herausliest, den man sich dem Völkerbund gegenüber erlaubt, der will nicht sehen und nicht hören. Die Nachricht ist offenbar doch nur dazu bestimmt, um, wenn die Frage der Saarbesatzung in Saar verhandelt wird, darauf hinzuweisen zu können, daß die Saarregierung entsprechend dem vom Völkerbundsrat ausgesprochenen Wunsch bemüht ist, die französische Besatzung an der Saar mit fortschreitender Einstellung lokaler Gendarmerie zu vermindern. Kurz vor Beginn der Ratssitzung wird mitgeteilt, daß am 25. März die Verlegung eines Bataillons erfolgen werde, mit dem Zusatz allerdings, daß sich die Verlegung bis zum 25. April hinauszögern werde. Der Völkerbundsrat wird dankbar die Mitteilung der Saarregierung entgegennehmen, und froh sein, wenn er auf Grund dieser Mitteilung feststellen kann, daß die Saarregierung den Wünschen des Völkerbundsrates nachzukommen versucht. Ob dann am 25. April tatsächlich die Zurückziehung des erwähnten französischen Bataillons erfolgt, kümmert sich in Saar niemand, jedenfalls nicht mehr, als man sich um die Zurückziehung der Reparaturwerstätte der französischen Rheinarmee aus Saarlouis gekümmert hat; sein Hahn frägt danach. Wenn man nach 5 oder 10 Jahren schließlich feststellen muß, daß im Saargebiet noch immer 4000 bis 5000 französische Besatzungsstruppen stehen, dann kommt vielleicht einmal jemand auf den Gedanken, das mathematische Rätsel zu lösen, wie es möglich sei, daß nach fortgeleiteter Zurückziehung der französischen Besatzung entsprechend den Mitteilungen der Regierungskommission die Besatzung sich in Wirklichkeit nie verringert hat. Man wird dann vielleicht, allerdings nur theoretische, Feststellungen treffen, die praktischen Folgerungen aber Frankreich überlassen; d. h. Frankreich wird die Saarbesatzung bis zur Abstimmung an der Saar belassen. So was gibt es eben nur im Völkerbundsland an der Saar!

*

Ein bezeichnendes Licht auf die rechtlösen Zustände, in denen sich das Saargebiet trotz des Völkerbundes befindet, warf der Prozeß, der zum zweiten Male gegen den ehemaligen Polizeimajor Doersfert wegen Amtsmissbrauchs geführt wurde. Doersfert, der kürzlich schon zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hatte im September 1924 zwei bei ihm in Stellung gewesene Dienstmädchen aus dem Saargebiet ausgewiesen, obwohl keinerlei rechtliche Gründe vorlagen, durch welche diese Maßnahmen gedeckt werden könnten. Interessanterweise wies der Verteidiger Dr. Wertheimer zur Entlastung des Angeklagten darauf hin, daß Doersfert bei der Handhabung der Ausweisungen sich durchaus in dem Rahmen der Praktiken gehalten habe, die von seiner vorgesetzten Behörde, der berüchtigten „Obersten Polizeiverwaltung“ im Saargebiet gepflegt worden seien. Das Sprüchwort, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, bewahrheitete sich auch hier wieder; denn die Schuldigen bei der „Obersten Polizeiverwaltung“ (wir erinnern an den Fall Kammel, der noch immer keine Sühne gefunden hat) konnten trotz wiederholter Forderung der Saarbevölkerung bisher nicht das Forum des Gerichts gebracht werden. Doersfert wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine Tageschronik.

Saarhilfe für deutsche Not. Der Landesauschuss der Saarhilfe für deutsche Not hat insgesamt 570 000 Franken gesammelt. Hieron sind folgende Beträge an nachstehende Organisationen bereits schon zur Ausschüttung gelangt: 25 000 Franken an den Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz in Koblenz, je 20 000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz von Düsseldorf und Heidelberg, je 10 000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz in Aachen, Altenessen, Bochum, Bonn, Buer, Dortmund, Duisburg, Dürkheim, Düren, Essen, Euskirchen, Frankenthal, Gelsenkirchen, Germersheim, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Mannheim, Moers, Neustadt, Neuwied, Oberhausen, Pirmasens, Remscheid, Speyer, Trier, Wanne, Wiesbaden, Zweibrücken, je 5000 Franken an die Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz in Altenkirchen, Bacharach, Bitburg, Daun, Dinslaken, Engers, Godesberg, Hamborn, Heidhausen, Herne, Hörde, Kettwig, Mayen, Mülheim-Kärlich, Münstermaifeld, Prüm, Ratingen, Recklinghausen, Remagen, Siegburg, Simmern-Eifel, Wohwinkel, Witten, Wittlich.

Saarbrücken. Die Handwerkskammer Saarbrücken begeht im April die Feier ihres 25-jährigen Bestehens. Am 20. April wird im Festsaal des Rathauses eine Festzusage stattfinden, zu der die Behörden, die Berufsvertretungen aus dem Saargebiet, die Handwerkskammern von Trier und Kaiserslautern, die Westdeutschen Kammern, der Deutsche Handwerkskammertag, Vertreter des Reiches usw. Einladungen erhalten werden. Die Feier wird, da die Handwerkskammer eine deutsche Gründung ist, auch einen dementsprechenden Charakter tragen. An die Festzusage schließt

ich ein gemeinsames Mittagsmahl, abends werden im Stadttheater die „Meistersinger“ gegeben.

Wehrden. Der Hüttenarbeiter Josef Schäfer geriet beim Loskippen zweier Wagen zwischen die Puffer und erlitt so schwere Quetschungen, daß er, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, nach kurzer Zeit verstarb.

Altenwald. Auf dem Nachhauseweg sangen mehrere junge Leute deutsche Lieder. Sie bemerkten dabei, daß sie von einem Manne in auffälliger Weise verfolgt wurden. An der Grubenstraße stellten sie diesen ob seines Benehmens zur Rede. Dabei entpuppte sich der Verfolger als ein Saarbündler, der die jungen Leute zwingen wollte, anzugeben, wo sie arbeiteten. Die Antwort war eine gehörige Tracht Prügel. Als er diese weg hatte, leistete der Saarbündler demütig Abbitte und beteuerte seine Umschuld unter allen möglichen Beschönigungen. Hoffentlich hat die Absehung zur Folge, daß er in Zukunft sich nicht in Angelegenheiten mischt, die ihn nichts angehen. Vielleicht haben die Prügel ihm auch die saarbündlerische Einstellung ausgetrieben.

Neunkirchen. Die Bevölkerungszahl ist in Neunkirchen im Monat Februar von 40 408 auf 40 398, also um 10 Köpfe zurückgegangen. Der Rückgang ist auf den geringen Zuzug und den übersteigenden Abzug zurückzuführen.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Saarbrücken.

Der Reichsverband der deutschen Presse wird seine diesjährige Hauptversammlung in Saarbrücken abhalten. Zur Vorbereitung dieser bedeutsamen Tagung findet am 5. und 6. April die Hauptvorstandssitzung des Reichsverbandes in Saarbrücken statt. Hierbei wird Zeitpunkt und Programm der Hauptversammlung festgelegt werden. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse wird willkommene Gelegenheit bieten, der deutschen Presse ein klares Bild von der politischen und wirtschaftlichen Lage des Saargebietes und von der Auffassung der Bevölkerung zu geben.

Personalausichten.

Der talentvolle Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei für das Saargebiet, Königl. Eisenbahnbürochefsekretär a. D. Hermann Heyne ist im Alter von 64 Jahren unerwartet in Saarbrücken verstorben. Hermann Heyne, ein aufrechter Mann, war in Saarbrücken eine bekannte Persönlichkeit, der mit großer Energie für seine Meinung eintrat. Er war ein warmer Verfechter des alten deutschen Heeres und ein begeisterter Vaterlandsfreund. Während des Krieges wurde er von schwerer Krankheit erfaßt, die ihn Wochen und Monate an Bett und Zimmer fesselte, was dem außerordentlichen rüdigen Mann und alten Soldaten besonders schmerhaft war. Von dieser Krankheit, die eine teilweise Lähmung seiner Glieder zurückließ, konnte er sich nicht wieder erholen. Der Ausgang des Krieges und die Erföhrung des Deutschstums an der Saar veranlaßten ihn, in Saarbrücken zu bleiben, weil er glaubte, das Deutschstum zu verraten, wenn er in der Stunde der Gefahr sich aus dem Saargebiet zurückzog. Der französischen Besetzung, den französischen Behörden, wie auch der Saarregierung gegenüber verleugnete er nicht einen Augenblick seine heile Vaterlandsliebe und sein unerschütterliches Deutschstum. Mit Hermann Heyne ist eine typische Persönlichkeit aus dem Leben geschieden, die das Beste wollte und für das aufrechte Deutschstum zweifellos eine Stütze bedeutete. Seine Ruhestätte hat Hermann Heyne in Annaburg in der Provinz Sachsen gefunden, wohin seine sterbliche Hülle überführt wurde. Ehre seinem Andenken!

Der langjährige erste Beigeordnete der Stadt Saarbrücken, Herr Hobohm, tritt mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand, nachdem er seit 1910 der Stadtverwaltung als Baudezernent angehört hat. Beigeordneter Hobohm hat der Stadt in langjähriger Tätigkeit seine ganze Kraft und seine reichen Erfahrungen gewidmet. Unter seiner Leitung sind zahlreiche Bauten entstanden, darunter, um nur eines zu nennen, das Cecilienschulhaus, das in seiner architektonischen Schlichtheit und Einheitlichkeit dem Bruchwiesenviertel einen markanten Anstrich gibt. Wiederholt mußte Herr Hobohm in politisch schwerer Zeit den Oberbürgermeister der Stadt vertreten, besonders nachdem französische Willkür den damaligen Oberbürgermeister Mangold seines Postens enthoben und des Landes verwies. Die Aufregungen besonders während des Beamtenstreiks im August 1920 und die sonst an ihn herantretenden schwierigen Probleme, die sich aus der Notwendigkeit der Bebauung und auf der andern Seite aus der finanziellen Not der Gemeinden ergab, haben an den Kräften des Herrn Hobohm reichlich gezecht und seine Gesundheit stark angegriffen. Deshalb ist sein Wunsch, in den Ruhestand zu treten, durchaus begreiflich. Die Stadtverordneten von Saarbrücken genehmigten sein Ruhestandsgebot und billigten ihm auf die Dauer von 5 Jahren die vollen Gehaltsbezüge und dann das ihm zustehende Ruhegehalt zu. An seine Stelle tritt Dr. Werle, jedoch vorläufig nicht in der gehobenen Stellung des ersten Beigeordneten.

Bürgermeister Ludwig, der im Herbst d. J. auf eine 40jährige Amtsdauer in Neunkirchen zurückbliden kann, wird am 1. Oktober in den Ruhestand treten.

Das Professor-Examen bestand Gerichtsreferendar Dr. jur. Brenner zu Leipzig, ein geborener Ottweiler. — Fr. M. Kaspar, Studienassessorin an der Landesstudienanstalt Ottweiler, erlangte an der Bonner Friedrich-Wilhelms-Universität die akademische Doktorwürde.

Ihr goldenes Ehejubiläum konnten feiern die Eheleute Bottler in Bedingen.

Todesfälle. Saarbrücken: Heinrich Schumacher, Kaufmann, 64 Jahre. Peter Becker, 64 Jahre. Ferdinand Preller, 59 Jahre. Peter Christmann, Marmorschleifer, 63 Jahre. Christian Lohrmann, Abteilungsvorsteher der Allgem. Ortskrankenkasse Saarbrücken, 63 Jahre. Charlotte Radmann, 26 Jahre. Frau Jeanette Albrecht, geb. Feiss, 80 Jahre. Grete Schuler, 18 Jahre. Michel Gilbert, 66 Jahre. Frau Friedr. Rubly, Elisabeth geb. Schwindling, 60 Jahre. Bernhard Verhard, Schneidermeister, 59 Jahre. Frau Witwe Anton Reichig, Karoline, geborene Dispot. Franz Baumgratz, Schriftseher, 48 Jahre. Frau Karl Brandt, Sophie, geb. John, 76 Jahre. Phil. Billon, 73 Jahre. Frau Wm. Nikol. Wintrich, geb. Muhweiler, 82 Jahre. Theobald Mund, 40 Jahre. Frau Witwe Maria Schmidt, 68 Jahre. Willy Boldorf, 26 Jahre. Frau Wm. Philipp Reuther, Bertha, geb. Schmidt, 70 Jahre. Ressungsrat Michael Bömer. Frau Erna Ullrich, geb. Krämer, 32 Jahre. Philipp Blatt, 80 Jahre. Frau Wm. Jakob Ullinger, geb. Bechtel, 89 Jahre. Anna Maria Leggewies, geb. Blöck, 40 Jahre. Wilhelm Draeger, Buchhalter, 43 Jahre. Anton Cesaretti, 70 Jahre. Schneidermeister Wilhelm Schmidt, 73 Jahre. Frau Wm. Fritz Schuler, 75 Jahre. Ober-Bolomottiführer Wilhelm Kieser, 56 Jahre. Joseph Martin, 77 Jahre. Restaurateur Hermann Kleemann, 40 Jahre. Paul Orzowski, 59 Jahre. Michael Decker, 53 Jahre. Karl Tusch, 36 Jahre. Louis Kochl-Nossée, 84 Jahre. Postsekretär Anton Gottlieb Otte, 50 Jahre. August Fuchs, 29 Jahre. Bäckermeister Dionysius Schanzl, 58 Jahre. Michel Michels, 45 Jahre. Christian Bellig, Hermann Wilhelm Steuer, Küthe Hammel. Frau Wm. Joh. Schuh, geb. Spuhler, 77 Jahre. Frau Wm. Fritz Schuler, Margarete, geb. Thiel, 75 Jahre. Frau Ida Thelen, geb. Weing, 33 Jahre. Frau Maria Neulig, geb. Böllinger, 58 Jahre. Frau Katharina Pape, verm. Hebel, geb. Grub, 60 Jahre. Fräulein Helene Schmidt, 22 Jahre. Frau Wm. Karl Wolf, Katharina, geb. Klein, 77 Jahre. Frau Katharina Braun, geb. Klein, 50 Jahre. Frau Katharina Adam, geb. Wölflinger, 81 Jahre. — **Edingen:** Wilh. Kutz, 81 Jahre. — **Edingen:** Frau Joh. Karl Jacob, Luise, geb. Hoffmann, 81 Jahre. — **Kraenkel:** Alwin Gräser, 18 Jahre. — **Gersweiler:** Albert Gräsel, 16 Jahre. Dora Kobel, 17 Jahre. — **Dudweiler:** Matthias Schmitt, 70 Jahre. Fräulein Barbara Mann, 19 Jahre. Schmiedemeister Friedrich Kunz, 70 Jahre. Bergmann Johann Pitz, 27 Jahre. Karl Grub, 66 Jahre. Dentist Karl Kunkel, 23 Jahre. Ernst Hey, 66 Jahre. Christian Pitz, 30 Jahre. Adam Reitz, 51 Jahre. — **Salzbach:** Frau Wm. Friedrich Geyer, geb. Günther, 73 Jahre. — **Edingen:** Oberlandjäger Hermann Steuer, 49 Jahre. — **Wolfsweiler:** Jakob Zimmer, 50 Jahre. — **Hilleshof:** Wilhelm Scherer, 72 Jahre. — **Baudweiler:** Hüttenarbeiter Karl Ohliger, 58 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Jakob Lamour, 74 Jahre. Frau Wm. Daniel Schmitt, geb. Nikolaus, 78 Jahre. Frau Wilhelm Klöhner, Luise, geb. Ohm, 26 Jahre. Oberbürgermeister Helig Künnzer. — **Wieselskirchen:** Frau Wm. Karoline Gröhringer, geb. Schant, 63 Jahre. Friedrich Dommers, 59 Jahre. — **Neesweller:** Rudolf Philipp, 47 Jahre. — **Gommelshof:** Ludwig Rüssler, Arztschädigter, 34 Jahre. — **Reinmohr:** Frau Wm. Peter Kruhnen, Elisabeth, geb. Kreuz, 78 Jahre. — **Ginöd:** Kaufm. Robert Kortz, 37 Jahre. — **Bous:** Max Kaufmann, 21 Jahre. — **Beaufort:** Hirsch Hanau, 78 Jahre. — **Beuersdorf d. Ittersdorf:** Jakob Bauer, Mitglied des Gemeinderats. — **Guders:** Frau Witwe Carl Gerstner, Otilie, geborene Bolland, 47 Jahre. Steiger Ludwig Becker, 39 Jahre. — **Caarlouis:** Frau Witwe Geb. Greff, 86 Jahre. Professor Peter Heinen, Frau Josef Wagner, Katharina, geb. Krall, 34 Jahre. — **Ottershausen:** Wm. Friedrich Kutz, Sophie, geb. Kutz, 60 Jahre. — **Wüllingen:** Frau Bürgermeister Janssen, Helene, geb. Donnevert, 44 Jahre. — **St. Ingbert:** Werkmeister Philipp Kayser, 57 Jahre. Robert Schmitt. — **Gusheim:** Frau Wm. Kath. Dörr, geb. Weber, 81 Jahre. — **Beaufort:** Frau Wm. Joh. Julian, geb. Ney, 76 Jahre. Fräulein Barbara Ney, 53 Jahre. — **Groß-Gerau:** Sophie Ullrich, geb. Pabst, 40 Jahre. — **Wieslingsen b. Heidelberg:** Frau Adelheid Ziegler, geb. Langguth. — **Neudorf:** Frau Wm. Konrad Kimbach, Maria, geb. Fried, 76 Jahre. — **Jeune:** Herr Matthias Thier, 57 Jahre. — **Heusweiler:** Wilh. Schmidt, 46 Jahre. — **Berrensohre:** Wilhelm Fock, 76 Jahre. — **Kamphausen:** Fräulein Liesel Ziegler, 19 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Wm. Johanna Schuler, geb. Augustin, 73 Jahre. — **Hilshof:** Frau Wm.

Peter Scherer, 78 Jahre. — Neuntzehn: Karl Händchen, 50 Jahre. Wendel Kaisling, 20 Jahre. Ernst Higolberger, 19 Jahre. — Wieselskirchen: Pensi. Bergmann Karl Bremke, 58 Jahre. — St. Wendel: Joseph Collisny. — Bous: Willi Wagner, 16 Jahre. — Büren: Prakt. Tierarzt Dr. Emil Augustin, 27 Jahre. — Dillingen: Frau Mathilde Bertinham, geb. Alexander, 24 Jahre. Oberbahnhofskont. a. D. Michael Steinhausen, 72 Jahre. — Wadgassen: Hochw. Herr Vinzenz Bier, Pfarrer a. D. — Niederlimberg-Wallengen: Fabrikbeamte Johann Nielsen, 55 Jahre.

Von den Saargruben.

Preiserhöhung für Saarzölle. Die französische Bergwerksdirektion hat, um ihr Ausbeutungssystem mit gleichem, lingenendem Erfolge fortsetzen zu können, die in Paris bewilligte Lohnserhöhung für die Bergleute, (die, nebenher bemerkt, der Teuerung keineswegs im Saargebiet nahten,) dazu benutzt, um eine Preiserhöhung für Saarzölle einzutreten zu lassen. Dabei ist es bezeichnend, daß diese Preiserhöhung für die Nachbarbezirke der Grube auf 5 Frank für den Pariser Bezirk jedoch nur auf 3 Frank festgesetzt wurde. Auch in dieser unterschiedlichen Preisfestsetzung gibt sie erneut ihre Absicht zu erkennen, durch höhere Preisberechnung der Saarzölle für die Saarindustrie diese in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber der französischen Industrie zu schädigen.

Dem Untergang des pfälzischen Bergmannsdorfes Schnappach wird noch immer nicht Einhalt getan. Weder die Saaregierung noch die französische Grubenverwaltung kümmern sich um die Notshölle der aus ihren zerstörten Wohnungen vertriebenen Bewohner, noch kann sie die Gefährdung weiterer Häuser dazu bewegen, irgendwo einzuschreiten. Das Unglück betrifft ja „nur Deutsche“. Mit diesen unglaublichen Vorgängen befaßte sich kürzlich auch eine vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter veranlaßte Versammlung in Schnappach, die folgende Entschließung faßte:

Die Versammlung weist erneut die Dessenlichkeit auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die unserer Gemeinde drohen. Ein großer Teil unseres Ortes ist bereits untergegangen. Der Zusammenbruch vieler Wohnhäuser ist nur mehr eine Frage von Monaten. Werden hier nicht bald von Bergwerksdirektion und Regierungskommission ernstliche Maßnahmen getroffen, ist das Schicksal unserer Gemeinde besiegelt. Soweit die Geschädigten gewillt sind, sich ein Eigenheim zu errichten, muß von der Bergwerksdirektion neben der Abgabe des vorhandenen Baugeländes die Bewilligung von Darlehen gefordert werden. Es steht dieses Gelände der Direktion in der Nähe unseres Ortes in reichlichem Maße zur Verfügung. Nur so wird es möglich, den um ihre Wohnung gekommenen Familien zu helfen. Die in Frage kommende Stadtverwaltung, Bergwerksdirektion und Regierungskommission werden dringend ersucht, endlich auf eine Klärung der Lage und auf entsprechende Hilfe hinzuwirken.“

Opfer des französischen Raubbaues. Auf der Grube Püttlingen wurden dem Bergmann Johann Maas aus Dierlen beide Beine durchgeschlagen, so daß er in schwerverletztem Zustande dem Knappenhospital in Böllingen zugeführt werden mußte. Auf der Grube Mandach wurde der verheiratete Bergmann August Urschel aus Bildstock von dem Förderseil so unglücklich ins Genick getroffen, daß er bald darauf an den erlittenen Verlebungen starb. Er hinterläßt eine Witwe und zwei kleine Kinder. — Auf der Grube Hagersfreude verunglückte der 22 Jahre alte Bergmann Johann Pigtlich. Auch der Bergmann Johann Bach, 38 Jahre alt, wurde in der Grube ein Opfer französischen Raubbaues. Bei der Schieharbeit erlitt er tödliche Verlebungen. Er hinterläßt eine Witwe mit 5 unmündigen Kindern.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Einen Rundfunk-Vortrag über „Das deutsche Saargebiet im Spiegel der französischen Annexionspolitik“ wird am Sonntag, 22. März, abends 8 Uhr, im Vorhaus in Berlin der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel halten. Wir machen die Mitglieder unserer Berliner und übrigen Ortsgruppen, sowie unsere Freunde und Bekannte hierdurch darauf aufmerksam.

Einen Bildbühnen-Vortrag über das Saargebiet hält am 17. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Petersburger Straße in Berlin vor einer großen Versammlung der technische Eisenbahnnomist, Herr Dommert. Er führt an

hand eines musterhaften Bildbühnen-Vortrages den Anwesenden die Schönheiten des Saargebietes vor Augen. Es muß immer wieder festgestellt werden, daß so oft man Gelegenheit hat, im inneren Deutschland die Bevölkerung mit den Naturschönheiten des Saargebietes bekannt zu machen, immer mehr Verständnis dafür findet. Dass die anwesenden Saarländer sich ganz besonders freuten, wieder mal ein Stück Heimat sehen zu können, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Auch die übrigen Anwesenden, die zum größten Teil noch nie das Saargebiet gesehen haben, waren hochstaunt über das, was sie zu sehen bekamen. Herr Dommert legte an Hand von einem durchschlagenden Zahlenmaterial der Versammlung ziemlich klar, welche Werte mit dem Saargebiet verloren gegangen sind. Eine zum Schluss gehaltene, von dieser Ueberzeugung getragene Ansprache des Vortragenden rief die Versammlten mit, die gerne belaudeten, alles zu tun, um das Saargebiet wieder zu befreien und seinen treu-deutschen Bewohnern vor allen Dingen das Los erträglich zu gestalten. Der Vorsitzende, Herr Jacobi, erbot sich freiwillig, Mitglieder und Abonnenten für unsere „Saarfreunde“ und „Saar-Verein“ zu gewinnen. Mit rührenden Dankesworten an den Vortragenden, schloß der Vorsitzende, Herr Jacobi, die Versammlung.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes „Saar-Verein“ hält am 21. Februar eine Monatsversammlung ab, die erfreulicherweise außerordentlich gut besucht war. Der sehr rührige Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Polizeiinspektor Heinrich, gab zu Beginn der Versammlung einen Bericht über die Vorarbeiten für die nächste Bundestagung des „Saarvereins“. Diese darf nach Ansicht der gesamten Ortsgruppe keiner andern vorhergehenden Tagung nachstehen. Im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden erhielt das Mitglied der Geschäftsführung des Niedersächsischen Kohlenverbands, Abgeordneter Karius aus Saarbrücken das Wort zu einer Berichterstattung über die gegenwärtige soziale, wirtschaftliche und politische Lage des Saargebietes. Redner, der mitten in der Tätigkeit für das Saargebiet steht, konnte ein klares Bild über die Gesamtlage des Saargebietes geben, das leider sehr unerfreulich war. Politisch sei das Saarvolk vollkommen entrichtet. Es hätte nur das Recht, sehr viel Steuern zu zahlen, aber bei der Verteilung derselben dürfe es, soweit die sogenannten Staatssteuern in Frage kommen, nicht mitwirken. In sozialer Hinsicht sei das Saargebiet auf dem bestem Wege, das Armenhaus des Völkerbundes zu werden. Die Not der Sozial- und Kleinrentner schreit zum Himmel. Die Leistungen der geläufigen Sozialversicherung ständen gegenwärtig den sicher noch geringen Leistungen im übrigen Deutschland bei gleichen Teuerungsverhältnissen um etwa die Hälfte nach. Die rektlose Schließung der Zollgrenze ab 10. Januar d. J. hätte den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland fast vollständig unterbunden. Was aus der Wirtschaft des Saargebietes unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden soll, wisse niemand. Die maßgebenden Gewalten über das Saargebiet bleibend wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber im wesentlichen unzüglich. Sie betrachten sich mehr als das Ausführungsorgan des „Friedensvertrages“ von Versailles. Für die Folgen, die sich aus der Durchführung des Vertrages ergeben, tragen sie keine Verantwortung. Ueber die in ganz Deutschland bekannten Polizeiabnale des Saargebietes gäbe es in der ganzen Welt in den Kreisen, in denen das Gefühl für Anstand noch erhalten sei, nur ein Wort der Verurteilung. Die Regierungskommission greife aber, trotzdem es nichts mehr zu beschönigen gäbe, doch nicht durch. Die Stände seien erklärlich, denn die gesamte oberste Polizei verwaltung stünde unter Leitung von am Saargebiet und im übrigen Deutschland ab unordentlichen Zuständen interessierten Ausländern oder wie der Fall Dörfert bewiesen habe, an ausländerten Deutschen. Zur Erlangung letzterer langt der Arm der „Saarländischen“ Justiz noch, während er aber zur Erfassung von Leuten, wie der ehemalige deutsche Postbeamte Rollin zu kurz ist. In Gegenwart des Wort vom Saargebiet als „die Pestbeule des Völkerbundes“ gefallen. Ob es tatsächlich gefallen sei, wäre nebensächlich. Aber daß die Art und Weise, wie das Saargebiet verantwortlich vom Völkerbund verwaltet wurde, allmählich ein öffentlicher und internationaler Skandal werde, sei unter nüchtern und anständig urteilenden Leuten außer Zweifel und wird von ausländischen Zeitungen zugegeben. Wenn der an sich gute Gedanke des Völkerbundes im deutschen Volk so diskreditiert würde, so sei daran die Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund sehr erheblich schuld. Man könnte als einzige Entschuldigung zugunsten des Völkerbundes anführen, daß die 5jährige Verwaltung des Saargebietes durch denselben den Beweis erbracht habe, daß der Völkerbund kein Verwaltungsorgan sei kann. Den Ausführungen des Redners wurde mit lebhaftem Interesse gefolgt, zumal sie, wie allgemein anerkannt wurde, von eingehender Kenntnis der Saargebietsschäden getragen wer-

nen. Eine Verlosung und musikalische Unterhaltung hielt die Mitglieder noch mehrere Stunden zusammen.

Eine große Saarkundgebung in Stettin.

verbunden mit einer Kundgebung für Rhein und Weichsel, fand besonders unter der Mitwirkung unserer Landsleute von der Saar am Sonntag, 22. Februar, statt. „Rhein, Saar und Weichsel“ lautete das Stichwort der Protestkundgebung, zu welcher sich in dem großen Turnhallensaal die Bürgerschaft Stettins in stattlicher Anzahl eingefunden hatte. Stadtschulrat Hahne begrüßte die Erschienenen in einer längeren Ansprache. Er ging davon aus, daß Leben kämpfen heißt. Niederlage bedeutet Tod, nicht nur für das Einzelwesen, sondern auch für ein Volk, das ein unteilbares Ganzes sei. Das Volk müsse seine Einheitlichkeit zu wahren wissen, wenn es bestehen will. Der Volkskörper bedürfe heute ganz besonders einer Kräftigung, die nur zu erreichen sei, wenn der Zersplitterung ein Ziel gesetzt werde.

Als erster Redner zu den Protestkundgebungen nahm Redakteur Köhler (Trier) das Wort, um die Niederräumung der Kölner Zone zu beleuchten. Unfähigliches habe das Rheinland ertragen, nicht Wiederzugebendes erduldet. Der Redner erinnerte an das Jahr 1923 mit dem passiven Widerstand und der zum Gipfel getriebenen Inflation. Das rheinische Volk sei deutsch geblieben, obwohl der Frank lodierte und eine Schar von Zuchthäuslern und sonstigen Verbrechern einen rheinischen Uferstaat bilden wollte. Man müsse versichern, mit welcher Sehnsucht am Rhein die Räumung der Kölner Zone erwartet wurde. Und der dafür festgesetzte 10. Januar kam, doch die Räumung kam nicht. Ein schändlicher Vertragsbruch sei begangen worden, denn was über angebliche Verfehlungen Deutschlands gesagt werde, sei völlig unbeweisen. Im unberührten Deutschland sollte man trachten, dem Rheinland von seinen Kosten abzunehmen, was möglich ist, um den Rheinländern ihr schweres Los zu erleichtern. Rheinisches Land muss freies deutsches Land sein und bleiben. Als zweiter Redner behandelte Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin die Vergewaltigung des Saargebiets. Zunächst betonte er, daß ein langer Weg voller Kämpfe und Hindernisse, voller Trübsal und Not, voller Enttäuschungen und voller Bitterkeit hinter uns liege, die Zukunft sei dunkel. Deutschlands Schicksal sei bis auf weiteres verbunden mit den Fesseln und dem Fallen des Schmachtriebens von Versailles, der nur Schrecken, Wunden und Tränen, aber keinen Frieden gebracht. Nach der Feststellung, daß das Endziel der französischen Raubpolitik lediglich die Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV. sei, welche die Vottrennung der Rheinlände mit dem Ruhrindustriegebiet von Deutschland erstrebe, kam er auf die derzeitigen Bestrebungen bezüglich der „Völkerversöhnung“ und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu sprechen, um darauf hinzuweisen, daß das Versailler Diktat keine Einleitung zu dem von vielen erhofften Völkerbündnis sei, sondern daß er weiter nichts bedeute, als die Verewigung des Krieges. Seit 6 Jahren habe Frankreich diesen Haß am Rhein, an der Ruhr und an der Saar gesät. All das, was das deutsche Volk jenseits des Rheins täglich im stillen zu ertragen habe, werde und dürfe niemals vergessen werden. Die Beschmutzung der Seelen, die Schändung der Ehre, das sadistische Quälen der Familien, der Frauen und Kinder, Raub, Plünderungen, Mord, Toßtag, Verhaftungen und Ausweisungen, all das sei ein Werk erbärmlicher Feigheit, ein weltgeschichtliches Denkmal von Schmach und Schande für Frankreich. Von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne für jeden vernünftig Denkenden nur dann die Rede sein, wenn das Versailler Diktat einer Revision unterzogen und dafür gesorgt würde, daß die ungeheuerlichen und ungerechten Bestimmungen beseitigt würden. Denn sonst bedeute der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund lediglich die Sicherung des heutigen Zustandes, durch den das deutsche Volk belogen und betrogen wurde. Für die unseligen Folgen der Bestimmungen dieses Schmachtriedens von Versailles seien der beste Beweis die traurigen und beschlagenswerten Zustände in dem fern deutschen Saargebiet, welches, von dem Mutterlande auf 15 Jahre getrennt, in die übelste Knechtschaft geraten sei. Unter eingehender Darlegung der wichtigsten Bestimmungen über das Saargebiet betonte der Redner, daß das Saargebiet zwar in dem deutschen Staatsverband verblieben, gleichwohl aber fremden Gewalten, besonders Frankreich, unterworfen worden sei. Deutschland habe auf die Regierung über das Saargebiet verzichten und sie dem Völkerbund zu treuen Händen übertragen müssen. Der Völkerbund wiederum habe die Regierung nicht selbst übernommen, sondern er lasse sie durch eine von ihm ernannte Saargebietskommission ausüben. Der französische Staat sei Eigentümer der Saatgruben geworden. Das Saargebiet sei in das französische Zollsystem eingezogen worden, so daß die staatsrechtlichen Verhältnisse des Saargebiets in der Tat recht ungewöhnliche seien. Diese Bestimmungen über das Saargebiet seien durch unerhörten Bug und Trug Zustande gekommen, und die Vorfriedensverhandlungen, die im Juli 1919 in Paris über die

Saarfrage geführt worden seien, bildeten eines der spannendsten Kapitel in der Entstehungsgeschichte des Versailler Diktats. Die große berühmt gewordene Lüge Clemenceaus, es gäbe im Saargebiet 150 000 Menschen, die Franzosen seien, die Rechte dieser Saarfranzosen müßten unter allen Umständen beachtet werden, ist es gewesen, welche Wilson und Lloyd George schließlich zum Eingehen auf die französischen verschleierten Annexionspläne veranlohten. Ein Viertel der reindutschen Bevölkerung des Saargebiets zu Franzosen zu stempeln, das war die niederrächtigste Fälschung, die man sich denken kann. Redner ging dann dazu über, von Land und Leuten an der Saar, vom Bergbau, von der Eisenindustrie, von der Maschinenindustrie, von der Glas- und Tonwarenindustrie usw., von dem Blühen des Handels und Gewerbes an der Saar vor dem Kriege, besonders unter der preußischen Verwaltung, ein anschauliches Bild zu geben und um festzustellen, daß jeder, der sich in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets vertiefe, allüberall nur deutschen Wirtschaftsgeist, deutschen Wirtschaftsaufbau und nur wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben finde. Er schilderte so dann die preußische und deutsche Geschichte des Saargebiets sowie die vortreffliche treupatriotische vaterländische Gesinnung des Volkes an der Saar, welches diese Freude durch Jahrtausende, besonders aber, als das Saargebiet zum vierten Male, und zwar nach der französischen Revolution, das Opfer französischer Raubpolitik geworden sei, dann im Jahre 1870/71 und auch während des großen Weltkrieges in vorbildlicher Weise gehalten habe. In tief ergreifender Weise schilderte der Redner den Abschied der Saarbevölkerung von unseren unbesiegten Truppen, um dann auf die heutigen, besonders aktuellen Saarfragen einzugehen. Er erinnerte dann an die treudienliche Haltung der Bevölkerung, indem er Lob und Anerkennung zollte der Einigkeit und Einmütigkeit, die alle politischen Parteien, alle Konfessionen auszeichneten. Sein Lob galt den Arbeiter- und Beamtenorganisationen, der deutschen Presse, ganz besonders aber den Mitgliedern des Landesrats des Saargebiets, deren unermüdliche Tätigkeit im Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebiets gegenüber den Französisierungsbemühungen nicht genug gerühmt werden könne. An der Hand der wiederholten Abstimmungen bei den Wahlen für den Landesrat stellte Redner fest, daß die Bevölkerung an der Saar nicht einmal, sondern mehr als tausendmal immer wieder freimütig ihren Willen dahin zum Ausdruck gebracht habe, wohin ihr Herz schlage und welches ihr Vaterland sei: Deutschland. Wenn trotzdem an der Bestimmung des Versailler Diktats festgehalten werde, er in im Jahre 1935 über die Ansicht der Bevölkerung abstimmen zu lassen, so werde damit nur zum Ausdruck gebracht, daß man Frankreich wirtschaftliche und politische Möglichkeiten an die Hand geben wolle, dieien heute schon feststehenden Willen des Saarvolkes gewaltsam abzändern. Schlimmer könne man seine Gründsäze nicht verleugnen, wie es hier der Völkerbund tut. Deutlicher wie hier könne aber auch die Vergewaltigung eines Volkes nicht öffentlich betrieben werden. Hier müsse sich doch jeder Deutsche und jeder andere ehrlich denkende Mensch fragen, was ist der Völkerbund, und wo bleibt der Völkerbund? Die Abstimmungen des Saarvolkes bei den bisherigen Landesratswahlen seien aber auch die beste Widerlegung der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen und der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935. Mit einem Appell an die Einigkeit und an das selbstbewußte Nationalempfinden in allen Schichten unseres Volkes schloß Redner mit den Worten: „Wir wollen keinen Rachezug, aber wir vertrauen, so wehrlos wir auch sind, auf den unsterblichen Geist, der den Sieg eracht. Wir vertrauen auf Gott, der da gesagt hat: Die Rache ist mein, und wenn er uns die Stunde belohnt, wo wir die Ketten abschütteln dürfen, werden wir ihn bitten: Herr Gott, mache uns würdig, Werkzeug deines Willens zu sein, las uns siegen oder sterben für das Vaterland.“ Dem patenden Redner ward stürmische Zustimmung. Als Vertreter der Ostmärk und der Wacht an der Weichsel sprach Jugendpfleger Herrmann über die Abschaffung Ostpreußens. Nicht genug damit, daß man, entgegen selbst dem Versailler Diktat, die Grenze über die Weichsel nach Westen hinausgerückt habe, versuche Polen unaufhörlich, Ostpreußens vom Strom abzudrängen. Die unglaublichen Verordnungen erschweren den Verkehr aufs äußerste. Unter dem Beifall der Versammlung schloß der Redner mit dem Gelöbnis der Treue zum Deutschtum. Im Schlussswort mahnte Stadtschulrat Hahne zu

geduldigem Ausharren in enggeschlossener Kulturgemeinschaft. Für die Zukunft gelte es zu sorgen durch Erziehung der Jugend in dem Gedanken der Einheit des gesamten deutschen Volkes. Ein Hoch auf das deutsche Volk und das Vaterland fand freudigen Widerhall, und man sang das Deutschlandlied mit der Strophe: „Und im Unglück nun erst recht.“ Musik der Nachrichtenabteilung unter Obermusikmeister Wachlins Leitung begleitete und erfreute durch eine Auswahl schöner deutscher Märkte. Der Magistratsbeamten-Gesangverein spendete Heimatlieder, und der Versammlungsleiter dankte ihm belaudeten Dank ab, dem auch die Zuhörer durch lauschenden Beifall Ausdruck gegeben hatten.

Zu einer zweiten Versammlung abends 8 Uhr im Großen Konzerthaus waren alle Saarländer und Freunde des Saargebiets zur Gründung der Ortsgruppe Stettin des Bundes „Saar-Verein“ eingeladen. In beträchtlicher Anzahl hatten sie der Einladung Folge gegeben, und manche Saarländer konnten sich hier begrüßen, die sich schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatten. Die Versammlung eröffnete und leitete Kaufmann Hermann, welcher die Erwähnten herzlich willkommen hieß, um dann einen eingehenden Bericht darüber zu geben, welche Gründe maßgebend gewesen seien, um die bisher dem Verein der Rheinländer angehörigen Saarländer zu veranlassen, eine selbständige Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ ins Leben zu rufen. Einmal sei es die Tatsache gewesen, daß der ganze Volkscharakter des Saarländers von dem des eigentlichen Rheinländer doch verschieden sei, besonders aber die Tatsache, daß den Saarländern infolge der Abtrennung des Saargebiets vom Vaterlande und infolge der für 1935 vorgeesehenen Volksabstimmung wesentlich andere Aufgaben zugefallen seien, als dem Verein der Rheinländer. Die Gründung einer besonderen Ortsgruppe schließe durchaus nicht aus, auch fernerhin mit den rheinischen Landsleuten bei allen Gelegenheiten Hand in Hand zu gehen und treue Kameradschaft zu halten. Bevor zu der eigentlichen Gründung der Ortsgruppe übergegangen werden sollte, bat er den anwesenden Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, über die Zwecke und Ziele des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu berichten damit alle Anwesenden im Bilde seien, um was es sich bei der Gründung einer neuen Ortsgruppe handle. Dieser schilderte dann die Gründungsgeschichte der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ und seine Tätigkeit, die besonders darauf gerichtet sei, die Befreiung des Saargebiets von der Fremdherrschaft zu fördern. Die ganze Arbeit ziele darauf hin, das Gefühl der Zusammengedrängtigkeit zwischen den Bewohnern des Saargebiets und des übrigen Deutschland mit allen Saarländern und Freunden des Saargebiets zu wecken und wachzuhalten. Fast 6 Jahre habe die Geschäftsstelle und der Bund „Saar-Verein“ diese Aufgaben mit ganz großem Erfolg gelöst. Redner ging dann auf den Zweck noch näher ein, um auch die Aufgaben des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ selbst in eingehender Weise darzulegen und all das, was bisher in dieser Richtung geschehen sei, eingehend zu schildern. Er erinnerte an die stetige Fühlungnahme mit der Bevölkerung des Saargebiets, an das Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Fraktionen sämtlicher politischen Parteien des Reichs- und Landtages, an die Zusammenarbeit mit den Schwesternverbänden, an die besondere Fürsorge, welche darauf verwendet werde, daß die Presse mit Nachrichten, Berichten und Schilderungen über die Saarfrage stetig versorgt werde, an die Vorträge an den Universitäten und Hochschulen, an den höheren Schulen und in öffentlichen Versammlungen, bei Saarfundgebungen usw., an die Versorgung der Presse des Auslandes mit Berichten sowie an viele andere Veranstaltungen, die die besten Erfolge aufzuweisen hätten. Ganz besonders unterstrich er die in den Sitzungen festgelegten Grundsätze, daß für die Geschäftsstelle und den Bund „Saar-Verein“ konfessionelle Fragen und parteipolitische Bestrebungen grundsätzlich ausgeschlossen seien. Der „Saar-Verein“ treibe keine selbständige Politik. Er ordne seine politische Tätigkeit der Politik unter, die von den deutschen Führern im Saargebiet für richtig befunden wird.

Nachdem der ehemalige 1. Vorsitzende des Vereins der Rheinländer, Herr Tatsch seinem warmen Interesse für die Saarsache Ausdruck gegeben habe, und auch sich selbst für die dringende Notwendigkeit der Gründung der Stettiner Ortsgruppe des Saarvereins ausgesprochen hatte, überbrachte er gleichzeitig der neu zu gründenden Ortsgruppe jetzt schon die herzlichsten Glückwünsche mit einem herzlichen Glückauf. Es wurde dann zur Wahl des Vorsitzenden geschriften, die folgendes Ergebnis hatte: Zum 1. Vorsitzenden wurde gewählt Oberregierungsrat Dr. Stegner-Stettin, dem Verwaltungsdirektor Vogel für die Annahme dieses arbeitsreichen Amtes ganz besonders deshalb seinen und des Bundes „Saar-Verein“ aufrichtigen Dank aussprach, weil er Land und Leute an der Saar, ganz besonders aber auch die saarländischen Franzosen auf Grund reicher eigener Erfahrungen sehr gut kenne. Oberregierungsrat Dr. Stegner übernahm den Vorsitz, indem er den Anwesenden

für das große Vertrauen dankte und die Versicherung abgab, daß es ihm eine Freude und Ehre sei, die Stettiner Ortsgruppe zu leiten zu dürfen, daß sie dem Bund „Saar-Verein“ tatkräftige Mitarbeit und Hilfe in seiner großen vaterländischen Aufgabe leisten könne. Es wurden sodann weiter gewählt als Schriftführer Kaufmann Hermann (früher Neunkirchen) und als Kassenwart Industrieanieur Eichhardt (früher Altenwald). Als Beisitzer wurden gewählt Direktor Jung (Sohn des Saarbrücker Historikers Jung in Saarbrücken), Oberst a. D. Ferdinand Müller (früher Malstatt-Burdach) und Kapitän z. S. (1) Müller (früher in Saarbrücken). Vertreter der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ dankte dann Herr Vogel für die endgültige Konstituierung der Stettiner Ortsgruppe, indem er ihr ein herzliches Glückauf zufiel. Zum Schluß wurde die Verbreitung des „Saar-Freund“ empfohlen und darauf der offizielle Teil der Versammlung geschlossen. Im Laufe des Abends war an die „Saarbrücker Zeitung“ in Saarbrücken folgendes Telegramm zur Abwendung gekommen: „Nach eindrucksvollem Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin über aktuelle Saarfragen entbietet ihren Landsleuten Gruß und Treuelebnis Saarverein Stettin. Oberregierungsrat Dr. Stegner.“

Vortrag über das Auslandsdeutschland mit besonderer Verstärkung des Saargebiets, so lautete das Thema, über welches Herr Ommert in Charlottenburg-Mitte im „Freisitz“ am 10. März sprach. Er legte an Hand eines großen Zahlenmaterials den Erhöhten klar, welche Werte durch die Abrennung von Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy-Monschau, Nordhessen, Freie Stadt Danzig, das Memelgebiet, die Ostmark, Ost-Oberschlesien, das Hunsrücker Ländchen und das Saargebiet verloren gegangen sind. In diesen Ländern das Deutschtum zu erhalten, kann nur durch die eine Voraussetzung geschehen, indem wir den größten Wert auf unsere Schulverhältnisse im Ausland legen. Die Schule ist das Rückgrat deutschen Gemeinschaftslebens jenseits der Grenze. Uebergehend zum Saargebiet konnte Herr Ommert an Hand eigenen Erlebens den Anwesenden ein treues Bild von der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage des Saargebiets geben. Ganz besonders interessierten die Ausführungen über die saarländischen Entrichtungsbestrebungen der Franzosen im Saargebiet gegenüber den Beamten und Arbeitern. Die Darlegungen des Vortragenden über die Verhandlungen des sogenannten Saarbeamtenstatuts, sowie die rohe Behandlungsweise bei der Ausweisung prominenter Persönlichkeiten gingen den Anwesenden sehr zu Herzen. In bewegten Worten verstand es Herr Ommert, die Anhändlichkeit, Treue und Fleiß der Saarbewohner ins rechte Licht zu stellen. Die historischen Taten eines Majors von Pestel als Verteidiger des Saargebiets von 1870, sowie die Heldenataten des weltberühmten Dienstmädchens Katharina Weißgerber, im Volksmund genannt „Schulze Kathrin“, gaben den Anwesenden ein Bild von der Liebe zur Heimat und dem Opfergeist unserer Brüder und Schwestern im Saargebiet. Mit der Aufforderung an die Versammlung, nicht bloß heute mit Worten ihre Anhänglichkeit an dieses Gebiet zu bekunden, sondern lebendige Mitarbeiter zu werden, durch Beitritt zum „Saar-Vereins“ und Bestellung des „Saar-Freund“, um dadurch in die Lage zu kommen, in ihren Bekanntenkreisen aufklärend über dieses herrliche deutsche Gebiet wirken zu können, schloß der Referent seine eindrucksvolle Rede.

* Ortsgruppe Berlin. Die Mitglieder unserer Berliner Ortsgruppe weisen wir auf die Anzeige des Vereins der Pfälzer in Berlin, den Lichtbildvortrag „Die schöne Pfalz“, in der Urania, W 8, Laubenstraße, am 26., 28. und 29. März d. J. betr. ganz besonders hin, indem wir den Besuch nur bestens empfehlen können.



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß
sagt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegebene
Merkblatt mit Bildern
und
Karte des Saargebiets.

Die Sache des Bundes „Saar-Verein“
muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders toll und muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder seiner Ortsgruppen werden — Mitgliedsanmeldungen für den Bund „Saar-Verein“ sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr. Lütow 250 Königgrätzer Straße 94 Fernspr. Lütow 250

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitglierversammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund der Saarhache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich eingeladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Restaurant Jung (Ziel, gegenüber dem Hauptpostamt). Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. M. usw. erteilt jederzeit gern der erste Schriftführer, Herr Gustav Schättgen in Frankfurt a. M., Grüneburgweg 4, Telephon: Hansa 6162.

Bücherschau.

Der Völkerkrieg. Eine reich illustrierte Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914. Herausgegeben von Dr. C. H. Baer, Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart. 23 Band, Mark 5.—; hl. 7.—. Für und gegen die deutsche Kriegsführung. Unter den vielen Vorwürfen, die der deutschen Kriegsführung von der Entente gemacht wurden, ist keiner soost und so laut erhoben worden wie der, jener so meisterhaft angelegte Rückzug der Deutschen an der Westfront zwischen Lens und Soissons im Frühjahr 1917 sei eine militärisch unnötige und mit barbarischer Grausamkeit und Zerstörungswut durchgeführte Maßnahme gewesen. Eine sachliche, möglichst unvoreingenommene Darstellung dieser großen Operation wird in dem vor kurzem erschienenen 23. Bande des bekannten Kriegswerkes „Der Völkerkrieg“ mit allen nötigen Einzelheiten, mit Bilder- und Kartenerläuterungen gegeben; sie zeigt, daß die taktische Bewegung in der Tat militärisch durchaus berechtigt war und mit größter Schonung der Zivilbevölkerung durchgeführt wurde. Während 1914 das oft geradezu tierische Wüten der russischen Horden im Osten des Deutschen Reiches, 1915 das Finale des russischen Rückzuges durch Polen, Galizien und Wohynien oder 1916 die faltblütige Vernichtung neutralen Eigentums in Rumänien durch englische Zerstörungskommissionen von der gesamten Entente-Presse als militärisch und politisch hochwollnsche notwendige Handlungen geheißen wurden, erhob sie über den deutschen Rückzug überlautes Geschrei der Empörung. Denn sein Erfolg war überraschend groß und weitreichend. Er hinderte die Durchführung des ganzen, wohlansgedachten Kriegsplanes der Entente, ermöglichte die Abwehrschlacht bei Arras und Reims und eine Kräfteammlung für die folgenden Flandernschlachten. Ein anderes Kapitel des Bandes in den „völkerrechtswidrigen“ Waffen und Maßnahmen der Entente“ gewidmet, und es ist darin besonders der ungeheuerlichen mit Geschick über die ganze Welt verbreiteten Verleumdung gedacht, nach der die Deutschen die Knochen ihrer Gefallenen zur Del- und Fettgewinnung für die menschliche Ernährung benutzt hätten. In Deutschland glaubte niemand, daß diese schamlose Lüge von irgend jemand für Wahrheit genommen werden könne. Und doch soll sie ausschlaggebend gewesen sein für die Entschließung der chinesischen Regierung zur Kriegserklärung an Deutschland und wird noch heute in überseelischen Landen sogar von Geduldeten geglaubt.

National und sozial. Immer wieder erhebt in der inneren deutschen Politik der Versuch, die nationalen und sozialen Triebkräfte zu vereinen und damit den Volk und Staat zerstörenden Klassenkampf zu überwinden. Für eine zeitgerechte Weiterführung dieser Gedanken sieht sich eine neu gegründete „Politische Wochenschrift“ ein, im gleichnamigen Verlag, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 27 a. Als Herausgeber zeichnet Hermann Ullmann, der bisherige Chefredakteur des „Deutschen“. In dem soeben erschienenen Einführungsheft heißt es: „Volkspolitisch und staatspolitisch befahende und verneinende Richtungen kreuzen sich wie und unüberschlich in unseren gegenwärtig 23 Parteien. Nicht politische Ruhe um jeden Preis ist das Ziel, wohl aber Klarheit und Einfachheit des politischen Lebens, Ordnung nach wenigen großen Linien. Die Begriffe „rechts“ und „links“ sind nicht aus dem politischen Leben moderner Völker auszurotten. Läßt sie uns reinigen und klären. Zur Rechten, die die Selbsthilfe will, soll sich nur zählen dürfen, wer die verpflichtenden Voraussetzungen der Selbsthilfe im Denken und Handeln anerkennt. Keinen sichereren Weg gibt es, um die ausgesprochene Linke, die Selbsthilfe nur laut oder gar nicht anstrebt, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, auf ihr bescheidenes Maß zurückzuführen. Jene scharfe Auslese auf der Rechten“ ist der einzige Weg, der imstande ist, wieder eine führende Schicht zu schaffen, nicht im Sinne einer starren, nur auf dauernde Vorteile gegründeten Rasse, sondern einer wirtschaftlich unabhängigen, aus den gesündesten Volksschichten immer neu ergänzten, jedem innerlich Berechtigten und Fähigen zugänglichen, durch einheitliche Erziehung und Bildung zusammengefügten, als Vorbild und Lebensziel wirkenden Gemeinschaft.“ Das Einführungsheft der Zeitschrift enthält eine Anzahl von Aussagen über innere, äußere und Wirtschaftspolitik, die diese Tendenz weiter ausführen, vor allem auch sehr bemerkenswerte Aussagen von dem Reichstagsabgeordneten Walther Lambach zu dem Thema: Reichspräsident und Reichswehr; ferner zahlreiche Berichte aus fremden Städten,

eine außenpolitische Umschau von Dr. Jaeger, ein Bruchstück des neuen Romans „Bodenmüh“ von Walter von Molo, Bücherschau usw.

Kriegsgräberfürsorge. Wiederum bringt die Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ in dem uns vorliegenden Februarheft Augenzeugenberichte über deutsche Kriegerfriedhöfe in Frankreich und Belgien, die ein anschauliches Bild von dem tatsächlichen Zustand unserer fernsten Kriegergräber geben und wichtige Nachrichten enthalten, die vor allen Dingen für die Angehörigen unserer Gefallenen von Bedeutung sind. Wiederum zeigt das Heft, das außerdem Berichte über deutsche Kriegerfriedhöfe in Frankreich, Polen, Litauen, Estland, Russland, Italien, Rumänien und Indien enthält, wie segensreich und wichtig die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und wie notwendig eine allseitige Unterstützung seiner Bemühungen ist. Möge die wertvolle Zeitschrift in jedes deutsche Haus Eingang finden! — Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Berlin W 10, Matthäikirchstraße 17 II, überendet auf Wunsch Probehefte.

Die „Fliegenden Blätter“, seit je ein Hort deutscher Heiterkeit und Gemüthslichkeit, haben sich nach Überwältigung des Kriegs- und Inflationsgefahren unter allen deutschen Zeitschriften zu einer ganz hervorstechenden Erscheinung entwickelt. Gegen die Menge des üppig ausschüttenden Zeitschriftenunkrauts sind sie in ihrer kraftvollen Bodenständigkeit und ungebrochenen Deutschtum des Humors geradezu ein Rettungsmittel. Neben vielen erstklassigen — auch farbigen — Bildern bringt jede Nummer eine reiche Fülle, so daß der Leser zu geringem Preis mehrere Stunden mit aufhaltender und anregender Lektüre füllen kann.

Gelehrten.

A. A. S. J. St. aus D. 9 Mark mit herzlichem Dank erhalten.

Politische Wochenschrift

für Volkstum und Staat

Herausgeber: Hermann Ullmann

Knappe Übersichten über deutsche, innere Wirtschafts- und Sozialpolitik / Eigenberichte aus fremden Staaten, namentlich aus dem Osten und Südosten / Schadige Information über Wehrsegen des Auslandes / Literaturberichte

12 Hefte im Vierteljahr zu 16 Seiten im großen Format Mh. 4.50 vierteljährlich, Mh. 1.50 monatlich. Einzelheft 20 Pf.

Erhalten Sie kostenloses Probeheft

Zu beziehen durch die Post, jede gute Buchhandlung.

Einzelheft durch Kioske, Bahnhofsbuchhandel, Geschäftshandel

Verlag der Politischen Wochenschrift

Berlin W 35, Potsdamer Straße 27 a

Der Lichtbilder-Vortrag

Die schöne Pfalz am Rhein

wird auf allgemeinen Wunsch nochmals in der „Mannia“, Berlin W. 8, Laubengasse

am 26. März, Donnerstag, 1/2 9 Uhr abends

am 28. März, Samstag, 1/2 9 Uhr abends

am 29. März, Sonntag, 7 Uhr abends

in erweiterter Form durch unser Mitglied, Herrn Adolf Weißer, Referent in der Presse-Abteilung der Reichsregierung, wiederholt.

Karten à M. 1,— an der Kasse der „Mannia“.

Verein der Pfälzer in Berlin

Geschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Eisenacher Straße 58
(Stephan 8039).

Der Saarkalender für 1925

Ein ein Geburt- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält exakte und detaillierte Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, anschauliche geistige Darstellungen und Zeitschriften, Jahrtausende Künste, Wise usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwerte literarische Note. Ein Handbuch von unvergleichlichem Wert für Kinder und Jugendliche. Der Preis dieses unvergleichlichen Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenso durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgrätzer Straße 94 II.

Die Monatsschrift

„Der Weg zur Freiheit“

erscheint im Verlag des Arbeitszuschusses deutscher Verbände, Berlin NW 7, Schadowstraße 2 monatlich und kann zum Preise von 20 Goldpfennigen durch jede Postanstalt bezogen werden. Das Mitteilungsblatt hält seine Leser ständig auf dem Laufenden über alle politischen Fragen, die mit der Kriegsschuldfrage und dem auf ihr aufgebauten Friedensdiktat von Versailles in Verbindung stehen. Unser sozialem Artikel, die einen Niederschlag über die abgelaufenen politischen Ereignisse enthalten, bringt das Blatt auch eingehende Berichtigungen nicht nur der militärischen, sondern vor allem auch der ausländischen das genannte Gebiet verfassenden literarischen Neuerstellungen. Das Blatt bietet daher jedem, auch wenn er nicht in der Materie eingehend bewandert ist, authentisches und nur auf Tatsachen beruhendes Material und gibt ihm dadurch Gelegenheit, sich desselben im Interesse der Aufklärungsarbeit über die Lebensprobleme des deutschen Volkes zu bedienen.

Die illustrierte Monatsschrift

Elsäß-Lothringen - Heimatstimmen

herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet jahrläufig über elsäß-lothringische Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Was kostet der Preis?

„Der Deutsche“ Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Aussehen dafür ist, mit welcher Säbigkeit und unbewußten Bedenken die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu bedienen wissen.“ „Germania“ Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf in der richtigen Weise angepackt.“ „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Interessanter ist die Zeitschrift dieser ausgewählten Heimat empfohlen. Sie dient der Wohtheit und dient ihr gut.“ „Bayerische Zeitung“: „... Die Monatsschrift verleiht die Stimmung unter diesen ferndeutschen Landes in jüher Verteidigung und gewundem Angriff...“ „unwahre Tendenzen abhält...“ „große Sachlichkeit...“ „Schweizerische Monatsschrift für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute östliche Geistesart zum Werk kommen zu lassen...“ „Schwäbische Postapresse“ (Kempten, Rummel): „...musterhaft geschrieben.“ „So wohl die politischen Ansätze wie das kritische der Seite ausgeschöpft.“

Postbezugspreis jährlich M. 1,20. Streichbandbezugs M. 1,50. Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken, Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerit. Dollar. Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postschließfach 5. Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW 7 Nr. 109799.

Dessauer Garten

Dessauer Str. 1, Ecke Königgrätzer Straße
3 Minuten vom Potsdamer Platz.

Aufbekanntes Speisehaus

Spez. Ausschank von Würzburger
Hofbräu und Dortmunder Hansa

Säle und Sitzungszimmer zu vergeben.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des
Bundes „Sar-Verein“ sein!

Deutscher Wille

Die überparteiische, vornehme Halbmonatsschrift
aller vaterländischen Kreise

Behandlung jedes Interessengebietes
von hervorragenden Mitarbeitern

Auslandsdeutschum und Auslandskunde stehen stark im Vordergrund

Sorgt für sozialen Ausgleich, behandelt Fragen
der Volksgesundheit und sucht die Erneuerung eines
wehrhaften Geistes in der deutschen Jugend und die
Wiederherstellung des großdeutschen Staates

Herausgegeben vom Kuratorium „Deutscher Wille“

Berlin W. 57, Bülowstr. 100

Erscheint halbmonatlich — jährlich 24 Hefte
Einzelheft M. —,50 jährlich M. 10,—

Zu bestellen bei allen Postanstalten sowie durch unser
Postcheckkonto Berlin Nr. 138 541.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den betroffenen deutschen Westen
Baden, Württemberg, Hessen, Rheinlande

Mit der illustrierten Heimatblätter „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit
fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kräftig
die Interessen der rheinischen Volksgruppen und lenkt
die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut
auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pfsg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großeberen-Straße 17.

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigenen Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle
Fragen, Elsaß-Lothringische Erzählungen und
Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.